

mittelstands magazin

DAS MAGAZIN DER **MIT**
FÜR ENTSCHEIDER IN
WIRTSCHAFT UND POLITIK

03
2022

SEPTEMBER 2022
WWW.MIT-BUND.DE
ISSN 1865-8873

CHRISTINA STUMPP IM INTERVIEW

**„Wir müssen die
Unternehmer
deutlich mehr
entlasten“**

ZUKUNFT DER ALTERSVORSORGE

**Warum es mehr
als nur eine
Säule braucht**

ACHTUNG CYBER-ANGRIFF

**Wenn ein falscher Klick
den Betrieb lahmlegt**





Der Wandel kommt überall hin. Gut, dass wir schon da sind.

Deutschlands starke Partnerin für Nachhaltigkeit.

Auf dem Weg in eine nachhaltigere Zukunft kann ganz Deutschland auf die Unterstützung der Sparkassen-Finanzgruppe zählen. Mit der größten Finanzierungssumme für den Mittelstand und als Partnerin von 40 Millionen Privatkundinnen und -kunden machen wir uns stark für einen Wandel, der für alle zum Erfolg wird. Im Großen wie im Kleinen. Mehr erfahren: sparkasse.de/mittelstand



Weil's um mehr als Geld geht.

Deutschland braucht keine Dusch-Tipps, sondern einen Masterplan

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

es ist zum Verzweifeln. Millionen Bürgerinnen und Bürger in Deutschland ächzen unter den explodierenden Energiepreisen. Zahllose Unternehmen bangen um ihre Existenz – und mit ihnen ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und was unternimmt die Ampel-Koalition? Sie fällt vor allem durch Tipps zur Körperhygiene, Verbote, teure Strohfeuer, Planlosigkeit und Streit auf.

Robert Habeck empfiehlt, kälter zu duschen. Sein Parteifreund Winfried Kretschmann rät zum Waschlappen. Die Ampel bringt Verbote für offene Ladentüren und Leuchtreklamen auf den Weg. Unternehmer fragen mich: „Hält die Ampel uns für Trottel oder Kleinkinder? Wir wissen selbst, wo wir sparen können. Und tun es schon längst!“

Recht haben sie. Die Bürger brauchen keine Diktate, keine Ideologie, keinen handwerklichen Murks, sondern eine pragmatische Regierung mit einem Masterplan – gegen Energienotlage und Preisexplosionen. Aber bislang ist davon keine Spur.

Warum verzichtet die Ampel in dieser einmaligen Energiekrise auf das riesige Potenzial der Kernkraft? Jede Kilowattstunde zählt. Der Weiterbetrieb der sechs funktionsfähigen Kernkraftwerke wäre sofort möglich – und würde uns nicht nur unabhängiger von russischen Gasimporten machen, sondern wäre sogar klimafreundlich. Ein Verzicht auf diese Kraft allein aus ideologischen Gründen ist nicht nur töricht, sondern verantwortungslos.

In unseren Nachbarländern werden kluge Entlastungspakete für Bürger und Betriebe geschnürt. Hier werden Abermillionen Betriebe und ihre Mitarbeiter wie z. B. durch



die Gasumlage zusätzlich geschöpft, deren Einnahmen überwiegend an Großkonzerne mit Milliarden Gewinnen geht. Über Entlastungen wird viel geredet. Aber umgesetzt wird wenig. Und wenn, dann zu spät wie bei der kalten Progression, die erst im nächsten Jahr abgebaut werden soll. Aber Entlastung jetzt ist das Gebot der Stunde. Neben Existenzfragen geht es auch um die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland.

Man darf die Inflation nicht akzeptieren. Es gibt Lösungen. Wir als MIT haben dafür konkrete Vorschläge gemacht – für strukturelle Entlastungen.

Wir fordern eine sofortige Senkung der Energiesteuern auf Erdgas, Strom, Heizöl und Flüssiggas auf das jeweilige europäische Mindestmaß. Allein bei Strom sind die Belastungen hierzulande durch die Stromsteuer für Unternehmen 40-mal so hoch, wie diese laut EU-Vorgabe sein müssten, bei privaten Haushalten 20-mal so hoch. Die Senkung der Energiesteuern wirkt unmittelbar entlastend und dämpft auch die Inflation. Denn Energiepreise sind deren Haupttreiber und schlagen mittelbar auf nahezu alle anderen Preise durch.

Auch eine deutliche Erhöhung der Pendlerpauschale auf 60 Cent ab dem 1. Kilometer würde sofort alle Berufspendler entlasten. Und damit das Signal senden: Leistung lohnt sich. Denn Leistung muss sich lohnen. Deshalb setzen wir uns auch dafür ein, dass die Sanktionen bei ALG-II-Empfängern, die sich verweigern, wieder scharf geschaltet werden.

Diese und weitere Vorschläge haben wir auch zum Parteitag der CDU Deutschlands eingereicht (siehe S. 36/37). Vom Parteitag muss ein klares Signal ausgehen: Deutschland kann es besser. Wir als MIT wollen und werden dazu unseren Beitrag leisten.

Gitta Connemann MdB
MIT-Bundesvorsitzende

Impressum

Herausgeber:
Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch die Bundesvorsitzende Gitta Connemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:
Thorsten Alsleben (v.i.S.d.P.)

Chef vom Dienst:
Hubertus Struck

Redaktion:
Alina Kemper
Richard Praetorius

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:
Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubgnet.de
www.ubgnet.de
Geschäftsführer: Jürgen von Meer
Projektleitung: Sonja Bach-Meiers

Art-Direktion:
UBG Büro Berlin

Titelbild:
Laurence Chaperon

Druckauflage:
26 000 Exemplare

Anzeigenverkauf:
Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII
Braun Medien GmbH
Telefon: 0221 7881443
E-Mail: braun@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung. © Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint viermal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der Firma Pro-Idee GmbH & Co. KG bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.



Fotos: t16787/stock.adobe.com; Laurence Chaperon, Tobias Koch, C. Höllt

MIT:EDITORIAL

Deutschland braucht keine Dusch-Tipps, sondern einen Masterplan 3
von Gitta Connemann MdB

MIT:KOLUMNE

Die Bazooka ist nicht Lagardes Kaliber 8
von Hans-Jürgen Moritz
Will EZB-Chefin Christine Lagarde sich weiter durchlavieren oder wird sie zu einer konsequenteren Gangart finden?

MIT:TITEL

Zukunft der Altersvorsorge Warum es mehr als nur eine Säule braucht 10
Wie bleibt die Alterssicherung leistungsfähig und bezahlbar? Damit hat sich eine Projektgruppe der MIT auseinandergesetzt.

MIT:INTERVIEW

mit Christina Stump
„Wir müssen die Unternehmer deutlich mehr entlasten“ 14
Die designierte stellvertretende CDU-Generalsekretärin fordert im Interview mehr Entlastungen für Betriebe.



10

MIT:THEMA

Immer mehr Cyber-Angriffe
**Wenn ein falscher Klick
 den Betrieb lahmlegt**

20

Was Unternehmer tun können, wenn Hacker
 Daten abfangen oder Lösegeld fordern.

MIT:ERKLÄRT

E-Fuels, Strom, Wasserstoff

Was ist die beste Antriebstechnik? 28

Ab 2035 sollen EU-weit nur noch emissionsfreie
 Neuwagen zugelassen werden. Welche
 Alternativen gibt es zum
 Verbrenner?



26

MIT:DEBATTE

Pro & Contra

**Sollte Deutschland seine
 Geschäfte mit China reduzieren?** 26

Dr. Norbert Röttgen und Matthias Klein
 diskutieren.

MIT:FAKTEN

6

Fehlende Arbeitskräfte und explodierende
 Preise plagen den Mittelstand, Schul-
 schließungen führen zu Lernverlusten, doch
 die weltpolitische Lage hellt sich auf.

MIT:INSIDE

EU-Check 30
 Mittelstandspreis 30
 35. CDU-Parteitag 36
 Neumitglieder 38
 Mitgliederstatistik 39



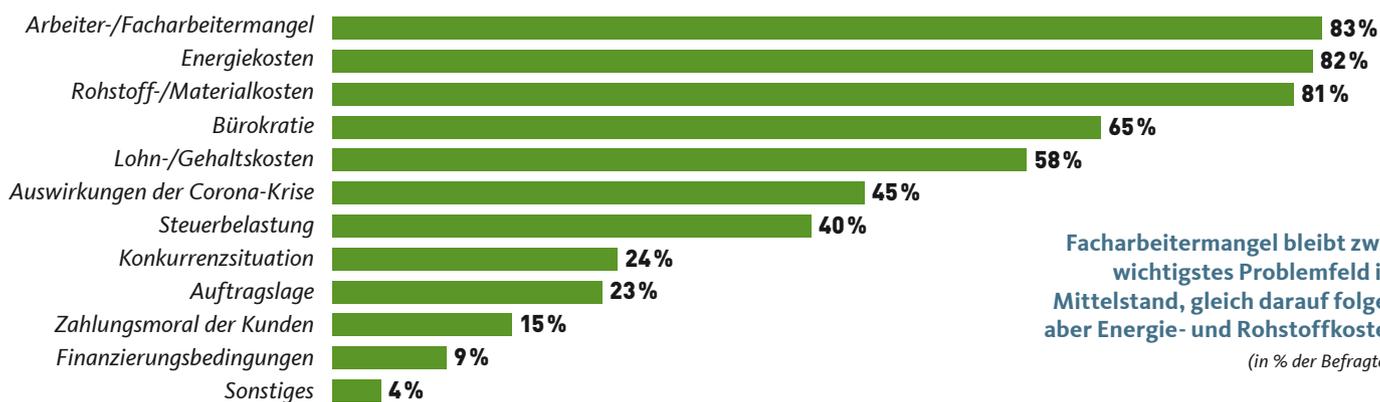


Eklatante Kompetenzverluste bei Grundschulern

Die Schulschließungen während der Corona-Pandemie in Deutschland haben bei Viertklässlern zu großen Lernverlusten geführt. Der Kompetenzrückgang zwischen 2016 und 2021 im Lesen entspricht etwa einem Drittel eines Schuljahres. Im Zuhören beträgt der Rückgang ein halbes Schuljahr und in der Rechtschreibung sowie in Mathematik jeweils ein Viertel eines Schuljahres. Das geht aus Daten des IQB-Bildungstrends im Auftrag der Kultusministerkonferenz hervor. Gleichzeitig stieg der Anteil der Schüler, die

am Ende der 4. Klasse nicht über die von der Kultusministerkonferenz festgelegten Mindeststandards verfügen. Im Lesen und Zuhören trifft dies auf rund 18 Prozent zu, in der Mathematik auf 22 Prozent und in der Rechtschreibung auf 30 Prozent. Kinder mit Zuwanderungshintergrund wiesen besonders große Kompetenzverluste auf. Die Autoren der Studie führen das darauf zurück, dass sie offenbar nicht im gleichen Umfang zu Hause gefördert wurden wie Kinder ohne Zuwanderungshintergrund.

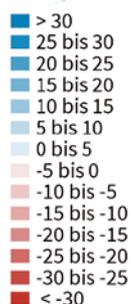
Mittelstand sorgt sich um Kosten und Personal



Steigende Energie- und Rohstoffkosten werden zunehmend zur Belastung für den deutschen Mittelstand. In einer Umfrage der DZ Bank und des Bankenverbands BVR unter rund 1000 Mittelständlern machen sich 82 Prozent Sorgen um die hohen Energiekosten. 81 Prozent bereiten die gestiegenen Rohstoff- und Materialkosten Probleme. Größtes Problemfeld bleibt mit 83 Prozent der Facharbeitermangel. Allerdings brennt dieses Problem dem Mittelstand schon lange unter den Nägeln, während die Sorgen um gestiegene Kosten sprunghaft in die Höhe gingen. Seit Beginn der Umfrage im Jahr 1995 beabsichtigten noch nie so viele Unternehmen, ihre Preise anzuheben: 69 Prozent der Mittelständler planen demnach in den nächsten sechs Monaten Preiserhöhungen. Während die Corona-Pandemie immer weniger als Geschäftsrisiko bewertet wird, drücken der Krieg in der Ukraine und dessen Folgen auf die Stimmung. Inzwischen überwiegt die Zahl der Pessimisten, so das Fazit der Umfrage. Als robust erwies sich dagegen die Bilanzqualität im Mittelstand. Die Gesamtkapitalrentabilität erholte sich 2021 und wuchs auf 10,5 Prozent. Die Eigenkapitalquote blieb 2021 wie 2020 stabil bei 30 Prozent. 2001 lag sie noch bei 10,2 Prozent.

Politische Lage hat sich verbessert

Die Karte zeigt den Mittelwert des regionalen Durchschnitts aus zwei Fragen nach der Bewertung der politischen Stabilität und der Performance der Regierung. Die Antwortmöglichkeiten reichen von -100 (schlechter) bis +100 (besser) im Vergleich zum Vorquartal.



Quelle: Economic Experts Survey 2022 Q2
© Ifo Institut/IWP

Die Einschätzung der politischen Lage hat sich im 2. Quartal 2022 weltweit verbessert. Dies zeigt der Economic Experts Survey, eine vierteljährliche Umfrage unter 1795 Wirtschaftsexperten aus 127 Ländern. Sie schätzten die politische Stabilität weltweit mit plus 10 Punkten deutlich besser ein als im Vorquartal. Demnach trafen die schlimmsten Befürchtungen nach dem Kriegsausbruch in der Ukraine vorerst nicht ein und die Kampfhandlungen blieben regional begrenzt. In 15 der 18 betrachteten Regionen bewerteten die Teilnehmer die politische Stabilität besser als im 1. Quartal 2022. Zuversichtlicher sind die Experten insbesondere in West- und Südeuropa, pessimistischer in Nord- und Osteuropa. Der Indikator „politische Lage“ setzt sich zusammen aus den Kategorien „Politische Stabilität“ und „Performance der Regierung“. In der gleichen Befragung erwarten die Experten hohe Inflationsraten auch für die kommenden Jahre.

Materialmangel und Stornierungen im Bau

In der deutschen Baubranche wurden im Mai und Juni ungewöhnlich viele Projekte storniert. Auf dem Hochbau betrug der Anteil der betroffenen Unternehmen im Juni 11,5 Prozent, im Mai waren es sogar 13,4 Prozent. Im Tiefbau waren es 9,0 Prozent, nach 8,8 Prozent im Mai. Das geht aus einer Umfrage des Ifo-Instituts hervor. „Die Größenordnung ist vergleichbar mit dem Corona-Schock im Frühjahr 2020. Diesmal sehen wir im Wohnungsbau besonders häufig Stornierungen. Allerdings sind die Auftragsbücher im Mittel weiterhin prall gefüllt“, sagt Ifo-Forscher Felix Leiss.

Eklant ist zudem der Materialmangel. So meldeten im Juni 47,1 Prozent der Hochbauunternehmen Lieferengpässe, nach 56,6

Prozent im Vormonat. Im Tiefbau sank der Anteil auf 39,7 Prozent, von 44,8 Prozent im Mai. „Dabei kommt es teils zu rasanten Preisanstiegen infolge der Knappheit. Auch die hohen Energiepreise wirken preistreibend bei vielen Baustoffen“, sagt Leiss. Im Mittel erwarten die Betriebe, dass die Engpässe noch knapp neun Monate andauern. „Die Unternehmen müssen die höheren Preise für Material und auch Kraftstoff an die Kunden weitergeben, und so steigen die Baupreise weiter rasch. Die Bauherren müssen aber auch die höheren Zinsen tragen. Im Wohnungsbau kommt die Unsicherheit hinsichtlich der künftigen Fördermöglichkeiten dazu. Dies führt dazu, dass einige Projekte überdacht werden müssen.“

„Angezählt“



Rund 266.000 Mittelständler planen, ihre Unternehmen bis Ende 2025 stillzulegen. Das entspricht rund sieben Prozent des deutschen Mittelstands. Dabei handelt es sich fast durchweg (97 Prozent) um Kleinunternehmen mit weniger als fünf Beschäftigten. Laut dem jüngsten KfW-Nachfolge-Monitoring Mittelstand wünschen sich weitere rund 199.000 Unternehmer eine Nachfolgelösung, müssen aber aufgrund unzureichender Planungen vermutlich mit einem Scheitern rechnen. Damit ist insgesamt von 465.000 mittelständischen Betrieben auszugehen, die teils geplant, teils ungeplant bis Jahresende 2025 ihre Geschäftstätigkeiten einstellen werden. Als Gründe werden am häufigsten das fehlende Interesse von Familienangehörigen (54 Prozent), das nahende Rentenalter der Inhaber (50 Prozent), die durch die Corona-Pandemie erschwerte Geschäftssituation (28 Prozent) und zu viel Bürokratie (26 Prozent) angegeben.

Die Bazooka ist nicht Lagardes Kaliber

Von Hans-Jürgen Moritz



Hans-Jürgen Moritz (62) ist freier Korrespondent in Berlin und Brüssel. Er schreibt unter anderem für Focus Online. Zuvor war er Korrespondent verschiedener Nachrichtenagenturen und des Nachrichtenmagazins Focus.

Die Europäische Zentralbank will neue Euro-Scheine entwerfen lassen. Zyniker empfehlen, deren Design solle Platz für mehr Nullen auf den Banknoten vorsehen. In ihren Augen hat die EZB in ihrem Kernjob, der Wahrung der Geldstabilität, versagt.

EZB-Chefin Christine Lagarde legte in der Vergangenheit große Zögerlichkeit bei der Inflationsbekämpfung an den Tag. Was Sparer und Konsumenten vor allem in Deutschland erzürnte, machte die Französin bei den Regierungen in Paris und Rom beliebt, die sich bei der Verschuldungspolitik ungern durch hohe Zinsen Zügel anlegen lassen würden. Widerstand kam hingegen aus der Bundesbank. Gleichzeitig erwuchs Lagarde Druck aus Washington, wo die US-Zentralbank sich ab März mit aggressiven Zinserhöhungen binnen kurzer Zeit vom billigen Geld verabschiedete, um die Inflation zu bekämpfen.

Anfang Februar, die Preisrate lag schon weit mehr als doppelt so hoch wie das Zwei-Prozent-Ziel der EZB, blockte Lagarde bohrende Fragen noch mit Gemeinplätzen ab und hinterließ den Eindruck einer großen Zauderin, die darauf setzt, dass die Inflation sich von selbst erledigt. Dann schickte Moskau Truppen in die Ukraine und Schockwellen durch die Weltwirtschaft.

Es dauerte noch bis zum Juli, bis die EZB sich zum Handeln entschloss. Doch aus dem Kreis der obersten euro-

päischen Währungshüter drang schon wieder ein Signal des Abwartens.

In Deutschland gibt es ein erstes Anzeichen dafür, dass Lagardes Hoffnung auf Entspannung an der Inflationsfront nach dem Sommer vielleicht nicht völlig haltlos war: Zum Herbst hin wollen laut Ifo-Umfrage weniger deutsche Unternehmen ihre Preise erhöhen. Während die deutsche Inflationsrate im Juli nahezu stagnierte, stieg sie im gesamten Euro-Raum freilich nochmals.

Und vielleicht macht die Teuerung in Deutschland auch nur eine Verschnaufpause, um im Herbst mit Macht zurückzukehren, wenn es kein Neun-Euro-Ticket mehr gibt, die Benzinpreis-Bremse wegfällt und neben den Beförderungskosten auch die Gaspreise weiter steigen. Bei den deutschen Verbrauchern dürfte sich

der Zorn über Lagarde halten. Im Lebensmitteleinzelhandel ist kein Ende der Preis-Rallye in Sicht, der Kaufkraftverlust täglich erfahrbar.

Will Lagarde sich also weiter durchlavieren oder wird sie zu einer konsequenteren Gangart finden? Und wie viel würde ein radikaler Kurswechsel wirklich nützen? Nicht alle Risiken für die Währungsstabilität unterliegen dem direkten Einfluss der Zinspolitik, weder der russische Feldzug in der Ukraine noch die Energiepreise oder die politische Stabilität in der Euro-Zone.

In deren drittgrößter Volkswirtschaft, dem hochverschuldeten Italien, folgte einem schleichenden wirtschaftlichen Niedergang gerade ein krachender politischer Absturz. Sollte auf den gescheiterten Ministerpräsidenten Mario Draghi in Rom tatsächlich eine rechtspopulistische Regierung folgen, dürfte dies das Vertrauen der Finanzmärkte zum ohnehin gerade schwächelnden Euro weiter schmälern.

Es erscheint derzeit schwer vorstellbar, dass die elegante Madame Lagarde in einer neuen Euro-Krise einen ähnlich martialischen Auftritt hinlegen könnte wie einst ihr Vorgänger an der EZB-Spitze, Draghi. Bekanntlich wollte der dem Euro mal mit der „Bazooka“ in der Hand Begleitschutz geben. Lagardes bisherige Auftritte deuten auf kleineres Kaliber. ●

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

RE:THINK RE:DUCE RE:USE RE:CYCLE

Unser Anspruch: Nichts weniger als ein Paradigmenwechsel.

Der Einsatz von Grünstrom ist nur ein erster Schritt zu einem klimafreundlichen Fahrzeug. Wir bei der BMW Group gehen weiter und denken ganzheitlich. Unsere Fahrzeuge sollen durch und durch nachhaltig werden – vom Rohstoffeinsatz über die Herstellung bis zum Recycling. Darum setzen wir auf Zirkularität und geben Sekundärmaterial den Vorrang.

PREMIUM DURCH VERANTWORTUNG.

**BMW
GROUP**



ROLLS-ROYCE
MOTOR CARS LTD

ZUKUNFT DER ALTERSVORSORGE

Warum es mehr als nur eine Säule braucht

Das deutsche Rentensystem steht auf der Kippe. Experten warnen, dass die Rente in ihrer jetzigen Form nicht mehr lange bezahlbar sein wird. Wie kann die Alterssicherung langfristig leistungsfähig bleiben – und bezahlbar? Damit hat sich eine Projektgruppe der MIT auseinandergesetzt.

Es ist allen klar, dass es ein ‚Weiter so‘ in der Rentenpolitik nicht geben darf. Die Grenzen der Belastbarkeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind erreicht“, sagt Michael Littig, MIT-Bundesvorstandsmitglied und Mitglied des CDU-Bundesfachausschusses Soziale Sicherung und Arbeitswelt. Das Fundament des Generationenvertrags sei nicht stark genug, um das Ungleichgewicht zwischen immer mehr Rentenbeziehern und -einzahlern zu tragen. Schon heute werde die gesetzliche Rente mit mehr als 112 Milliarden Euro jährlich aus Bundesmitteln bezuschusst.

Die MIT-Kommissionen Arbeit/Soziales/Familie und Steuern/Haushalt/Finanzen haben deshalb eine Projektgruppe zum Thema Altersvorsorge gebildet. Erste Eckpunkte liegen bereits vor. „Damit langfristig die Beitragssätze aller Sozialversicherungszweige unterhalb der 40-Prozent-Marke gehalten werden können, braucht es grundlegende Reform- und Konsolidierungsansätze“, heißt es in einem ersten Arbeitsentwurf. Die Projektgruppe fordert eine grundlegende Neuausrichtung der Altersvorsorge. Diese könne künftig nur mit drei starken Säulen funktionieren: der gesetzlichen Rentenversicherung, der betrieblichen und der privaten Altersvorsorge.

Kapitaldeckung nicht auf Pump

Eine kapitalgedeckte Rente oder eine Aktienrente, wie sie die FDP derzeit plant, sieht Littig skeptisch: „Die Gedankenspiele, eine kapitalgedeckte Komponente im Bereich der staatlich verantworteten Vorsorgelösungen zu entwickeln, stellen für die aktuellen Herausforderungen absolut keinen Lösungsansatz dar.“ Erst langfristig, das hieße auf Sicht von mindestens 30 bis 70 Jahren, könnten Kapitaldeckungsansätze im staatlichen Bereich Optionen bieten, so Littig: „Wobei bei allen diskutierten Modellen zahlreiche ordnungspolitische Fragen noch nicht geklärt sind. Es ist auch grundsätzlich die Frage, ob der Staat Kapitalanlage-Management mit allen Implikationen betreiben soll oder darf und auch für mögliche Risiken gerade stehen kann. Ohnehin: Eine schuldenfinanzierte Kapitalanlagelösung ist grundsätzlich auszuschließen“, sagt der IT-Unternehmer, der viele Jahre die MIT-Kommission Arbeit und Soziales geleitet hat.

Die Politik war in den letzten Jahren geneigt, das Leistungsspektrum der gesetzlichen Rentenversicherung kontinuierlich auszuweiten. Die langfristige Finanzierung dieser Leistungsausweitungen müssen aber kommende Generationen leisten. Um künftige Beitragszahler nicht zu überlasten und vor politischen Begehrlichkeiten zu schützen, muss nach



Ansicht der Projektgruppe das Prinzip der Generationengerechtigkeit in der Rente institutionell gestärkt und grundgesetzlich verankert werden.

Rentenalter an Lebenserwartung koppeln

Dabei ist für viele Experten die Anpassung der Regelaltersgrenze das zentrale Element, um die gesetzliche Rente finanzierbar zu halten. Als gerecht und erklärbar gilt die Kopplung der Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung im Verhältnis 3:1 ab 2031. Die steigende Lebenserwartung muss beim Renteneintritt berücksichtigt werden, weil die Menschen länger gesund sind und zugleich der Gesundheitsschutz in der Arbeitswelt eine größere Rolle spielt. Für Beschäftigte mit besonderen Belastungen sollte es Sonderregelungen geben, die sie nicht benachteiligen.

Derzeit plant die Bundesregierung, den Einnahmedefiziten durch einen einmaligen Kapitalstock in Höhe von zehn Milliarden Euro zu begegnen. Doch für eine ernsthafte Finanzierung müsste der Kapitalstock jährlich aufgebaut werden. „Für die Babyboomer kommt diese Rente zu spät. Diese Generation hätte man vor 20 oder 30 Jahren vorwarnen müssen. Eine kapitalgedeckte Rente ist nur für die Jungen eine Lösung. Für die Alten gibt es nichts“, sagt der Ökonom Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen von der Universität Freiburg.

Es gibt außerdem keine Garantie, dass sich eine Bundesregierung nicht aus diesen Mitteln behilft, um andere Vorhaben zu finanzieren. Auch für die Risiken eines staatlich organisierten Kapitalstocks – bei negativen Renditen und gleichzeitig hoher Inflation – gibt es keine Lösung. Die Mittel für den Kapitalstock können ohnehin nur aus Steuermitteln oder über Schulden finanziert werden.

Anreize für längeres Arbeiten

Wer vor oder nach der Regelaltersgrenze in die Rentenphase eintritt, erhält derzeit besondere Abschläge oder Zuschläge. Um Anreize für längeres Arbeiten zu setzen und somit dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, sollte der bisherige Zuschlag bei späterem Renteneintritt erhöht werden. Allgemein muss ein früherer oder späterer Renteneintritt versicherungsmathematisch gerechter abgebildet werden.

Außerdem verspricht die Bundesregierung, dass das Rentenniveau über Jahrzehnte bei 48 Prozent stabil bleibt. „Das Rentenniveau bis auf alle Ewigkeit bei 48 Prozent zu halten, hieße, dass wir jetzt vernachlässigen, dass die künftigen Rentner nicht die Kinder bekommen haben, die wir dazu bräuchten“, sagt Raffelhüschen.

Dies betrifft nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch Selbstständige. Rund die Hälfte aller Selbstständigen hat Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung. Sie sollen auch in Zukunft eine echte Wahl haben zwischen der gesetzlichen Rentenversicherung und anderen Vorsorge-

arten. Dazu zählt die Einführung eines aktienbasierten Vorsorgekontos, das ein insolvenz- und pfändungssicheres Vorsorgedepot mittels Wertpapieren ermöglicht.

Mehr betrieblich vorsorgen

Neben der gesetzlichen Rentenversicherung bieten zahlreiche Arbeitgeber ihren Mitarbeitern Unterstützung in der Altersvorsorge an. Die betriebliche Altersvorsorge bildet somit die zweite Säule. So ist nach Ansicht der MIT-Projektgruppe das neue Sozialpartnermodell ein attraktives und renditestarkes Vorsorgemodell für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Damit alle Beschäftigten davon profitieren können, soll dieses Modell auch für nicht-tarifgebundene Unternehmen offenstehen. Hindernisse bei der Etablierung bereits beschlossener Sozialpartnermodelle sollten schnell beseitigt werden.

„Die Grenzen der Belastbarkeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind erreicht.“

Michael Littig, MIT-Arbeitsmarktexperte

Besonders für Geringverdiener ist es oft schwierig, für das Alter vorzusorgen. „Gerade bei Personen mit großen Sorgen um ihre Altersabsicherung – nämlich denjenigen mit geringerem Einkommen – sind private und betriebliche Altersvorsorge allerdings unterdurchschnittlich verbreitet“, sagt die Ökonomin Dr. Ruth Schüler vom Institut der deutschen Wirtschaft. Die mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz eingeführte Geringverdienerförderung ermöglicht gerade einkommenschwachen Beschäftigten eine betriebliche Altersvorsorge mit geringem Aufwand für den Arbeitnehmer und steuerlichen Anreizen für den Arbeitgeber. Dieses Modell ist für Geringverdiener unterhalb der Einkommensgrenze sehr attraktiv und sollte verpflichtend mit einem Obligatorium ermöglicht werden. Dabei sollte der Förderhöchstbetrag von jährlich 288 Euro dynamisch und kontinuierlich angepasst werden.

Kosten und Bürokratie abbauen

Die Akzeptanz der betrieblichen Altersvorsorge hängt stark von den Arbeitgebern ab. Deshalb ist es entscheidend, die Lasten durch Kosten und Bürokratie zu entfernen – etwa das neue Nachweisgesetz für Arbeitgeber –, und die Haftung in Grenzen zu halten. Zur weiteren Stärkung der Akzeptanz ist es erforderlich, dass auf Betriebsrenten zukünftig nur noch der halbe Beitrag zur Kranken- und Pflegeversicherung (Arbeitnehmeranteil) gezahlt werden muss.

Als dritte Säule fungiert die private Altersvorsorge. Diese ist vielseitig und lässt sich individuell auf die Bedürfnisse des Vorsorgenden anpassen. „Die Riester-Rente erfüllt als einziges staatliches Altersvorsorgeprodukt die Anforderungen aller Bevölkerungsschichten und ist überall gleichermaßen akzeptiert“, sagt Jana Schimke, stellvertretende MIT-Vorsitzende und Co-Vorsitzende der MIT-Kommission Arbeit, Soziales und Familie. „Mit rund 16 Millionen Verträgen konnte sie vielen Beschäftigten eine gute Ergänzung zur gesetzlichen Rente bieten. Nach 18-jährigem erfolgreichem Bestehen müssen jedoch die Rahmenbedingungen reformiert und vereinfacht werden“, fordert sie.

Familien-Rente statt Riester-Rente

Schimke schlägt eine Umwandlung der Riester-Rente in eine Familien-Rente vor: „Dazu gehört die Ausweitung des Kreises der Förderberechtigten auf alle einkommenssteuerepflichtigen Personen. Die Höhe der Kinderzulage wird einheitlich unabhängig vom Zeitpunkt der Geburt auf 300 Euro pro Kind festgelegt.“ Mit Blick auf die Inflation sollten die staatlichen Zulagen jährlich angehoben und dynamisiert werden. „Zur Reduzierung der Komplexität muss der Weg zu einer reinen Zulagenförderung und ein Verzicht auf den Sonderausgabenabzug beschritten werden“, so Schimke.

„Eine kapitalgedeckte Rente ist nur für die Jungen eine Lösung.“

Professor Bernd Raffelhüschen, Universität Freiburg

Aufgrund des langjährigen Niedrigzinsumfelds und der Verpflichtung einer 100-Prozent-Garantie sind die Renditeaussichten privater und betrieblicher Vorsorgeformen eingeschränkt. Sie verhindern die Vorsorgebemühungen der Bürger. Um den Sparern wieder eine Zukunftsperspektive zu bieten, muss nach Schimkes Ansicht eine Abweichung von der 100-Prozent-Beitragsgarantie möglich sein.

Durch steuerrechtliche Änderungen kann die Vermögensbildung belebt und weitaus besser befördert werden. Deshalb sollte der Sparerpauschbetrag aus Sicht der Projektgruppe schnellstmöglich auf 4.500 Euro angehoben und kontinuierlich angepasst werden. Ebenso sollen die Arbeitnehmersparzulage und der Höchstbetrag für vermögenswirksame Leistungen angehoben werden.

Mitarbeiter besser beteiligen

Auch Aktienanlagen und Immobilien sind ein wichtiger Baustein in der Altersvorsorge und im Vermögensaufbau. Die Anzahl der Deutschen, die sich mit Aktien beschäftigen, steigt. Chancensuche und Alternativlosigkeit angesichts des bisherigen Zinsumfelds treiben vor allem jüngere Bundesbürger an. Diese Entwicklung gilt es durch

Der Freiburger Ökonom Professor Bernd Raffelhüschen spricht sich für längeres Arbeiten aus.



frühzeitige Information und Schulung in den Bildungseinrichtungen positiv zu begleiten.

Die Beteiligung von Mitarbeitern am eigenen Unternehmen stärkt die Bindung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Sie steigert die Produktivität und ermöglicht die Teilhabe des Einzelnen am Erfolg des gesamten Unternehmens. Die Verdopplung des Freibetrags von jährlich 360 auf 720 Euro war unter der unionsgeführten Bundesregierung ein wichtiger Schritt. Um die Attraktivität der Mitarbeiterkapitalbeteiligung zu verbessern, sollte der Freibetrag schrittweise auf 5.000 Euro im Jahr erhöht werden. Damit würde Deutschland an andere europäische Länder anschließen und gleichzeitig auch eine Grundlage zur Förderung der Startups ermöglichen.

Weg zum Eigenheim erleichtern

Für ein selbstbestimmtes Wohnen bis ins hohe Alter ist die eigene Immobilie die beste Wertanlage und Altersvorsorge. Doch steigende Baukosten, hohe Baunebenkosten, lange Verfahren und Bürokratie sowie die viel zu geringen Fördermöglichkeiten erschweren den Weg zum Eigenheim. Um dem zu begegnen, muss den Ländern ermöglicht werden, beim Ersterwerb des Eigenheims ein Freibetrag bei der Grunderwerbssteuer von 250.000 Euro pro Erwachsenen und 150.000 Euro pro Kind einzuführen. Auch sollten Zuschussprogramme für den altersgerechten und barrierefreien Umbau – insbesondere über KfW-Programme – ausgebaut werden. Der Bausparvertrag und der Wohn-Riester (künftig: Wohn-Familien-Rente) müssen als Finanzierungsmöglichkeiten wieder attraktiver werden, indem die Arbeitnehmersparzulage, die Wohnbauprämie, Zulagen und der Förderhöchstbetrag angehoben werden.

Verteilung der Lasten auf alle Säulen

Die drei Säulen bieten also viele Möglichkeiten der Altersvorsorge. Essentiell ist die Verteilung der Lasten auf die verschiedenen Vorsorgearten. Denn wenn wir weiterhin nur die erste Säule belasten und keine Entlastung oder Stützpfiler bauen, wird das gesamte System zusammenbrechen. Denn eine einzelne Säule kann nie ein gesamtes Konstrukt tragen, auch nicht, wenn sie noch vor wenigen Jahrzehnten so sicher schien. ●



Alina Kemper
Redakteurin
kemper@mit-bund.de

Wir laden Deutschland



Willkommen im
EnBW HyperNetz.

enbw.com/WirLadenDeutschland



Frau Stumpp, Sie sind von Haus aus Verwaltungsbeamtin. Wie ist Ihr Bezug zum Mittelstand?

Stumpp: Ich bin auf dem landwirtschaftlichen Familienbetrieb meiner Eltern groß geworden. Damit weiß ich, was es heißt, jeden Tag aufs Neue Eigeninitiative zu ergreifen und hart für den Erfolg des eigenen Unternehmens zu arbeiten. Mein Wahlkreis liegt zudem in der Region Stuttgart und ist sehr stark mittelständisch geprägt. Deshalb sind mir das Handwerk und der Mittelstand sowie die Interessen der Selbstständigen ein großes Herzensanliegen. Das möchte ich mit meiner Mitgliedschaft bei der MIT unterstreichen.

Sie wollen auf dem Parteitag im September zur stellvertretenden Generalsekretärin gewählt werden. Wie wird die Aufgabenverteilung zwischen Vorsitzendem, Generalsekretär und Ihnen sein?

Als Team haben wir die Aufgaben klar verteilt. Friedrich Merz und Mario Czaja legen ihren Fokus auf die programmatische und strukturelle Erneuerung der Partei. Ich begleite diesen Prozess als Stellvertreterin und kümmer mich zudem um die Einbindung der kommunalen Ebene. Dazu leite ich unter anderem das neue Kommunalbüro im Konrad-Adenauer-Haus. Darauf bin ich sehr stolz, denn ich komme aus der Kommunalpolitik und freue

mich, dass ich diesen wichtigen Themenblock in Zusammenarbeit und Kooperation mit der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und mit der Konrad-Adenauer-Stiftung neu aufstellen kann. Wir sind stark im kommunalen Bereich, aber wir können auch noch besser werden. Das Kommunalbüro bietet die Chance, mit einer Stärkung unseres kommunalen Fundamentes den Grundstein für die kommenden Wahlerfolge zu legen.

Was unterscheidet die CDU auf kommunaler Ebene von anderen Parteien?

Die CDU ist die Kommunalpartei. Wir sind vor Ort verwurzelt – vom Orts-, Bezirks-, Gemeinderat bis hin zum Kreistag. Unsere Mitglieder sind diejenigen, die vor Ort in den Vereinen aktiv sind, im Sportverein oder bei der Feuerwehr. Die Menschen vor Ort prägen die CDU, und das macht uns als Volkspartei aus. Mein Eindruck ist jedoch, dass wir in den vergangenen Jahren gerade hier viele Wähler an die Grünen und an die Freien Wähler verloren haben. Umso wichtiger ist es, dass wir unsere kommunale Basis wieder mehr stärken und fördern. Wir erhalten von unseren Mitgliedern viele positive Rückmeldungen, dass wir die Bedeutung der kommunalpolitischen Ebene zur Chefsache erklärt haben: Friedrich Merz, Mario Czaja und ich nehmen das ernst.

Viele Mittelständler sehen den Trend zur Rekommunalisierung sehr kritisch. Also dass Aufgaben, die bisher private Unternehmen übernehmen, vom Staat übernommen werden. Wie sehen Sie das?

Das halte ich für den falschen Weg, denn grundsätzlich gilt: Staat nur da, wo es notwendig ist. Ich komme aus Baden-Württemberg, dem Land der Tüftler und Denker. Wir haben hier einen besonders starken Mittelstand. Wir haben wirklich klasse Unternehmen, die wir – gerade in Krisenzeiten – unterstützen und fördern müssen. Umso sinnvoller ist es, dass dort, wo es privat möglich ist, Aufgaben auch privat übernommen werden. Denn eines ist klar: Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer.

Immer mehr Bauunternehmen machen nicht mehr bei Ausschreibungen mit, weil sie so komplex geworden sind. Auch Gründer haben es besonders schwer. Was könnte die CDU da machen, um mehr Wettbewerb wiederherzustellen?

Beim Vergaberecht müssen wir mit Augenmaß vorgehen. Es bremst unsere Unternehmer in vielen Bereichen aus. Es wird immer komplexer, intensiver und umfangreicher. Manches wird auch von Seiten der EU herbeigeführt. Aber die Umsetzung ins nationale Recht kriegen wir trotzdem nicht praxisorientiert hin. Wir benötigen

„Wir müssen die Un
deutlich mehr entla

A portrait of Christina Stumpp, a woman with blonde hair and glasses, wearing a light blue and white striped button-down shirt. She is smiling and has her hands clasped in front of her. The background is a blurred office setting with large windows.

ternehmer sten“

Das neue Kommunalbüro im Konrad-Adenauer-Haus leitet sie bereits. Nun will Christina Stumpp die erste stellvertretende Generalsekretärin der CDU Deutschlands werden. Im Interview mit Mittelstandsmagazin-Chefredakteur Thorsten Alsleben spricht die 34-jährige Schwäbin über ihre neue Aufgabe, die Frauenquote und notwendige Entlastungen für Betriebe.

dringend eine Gründeroffensive. Gerade junge Menschen gilt es zu ermutigen, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen, um die Gründungskultur in Deutschland weiter zu stärken. Mit ihren Ideen, Produkten und Dienstleistungen tragen sie zu einer dynamischen, innovativen und international wettbewerbsfähigen Wirtschaft bei und sorgen für zukunftsfähige Arbeitsplätze. Unternehmensgründungen und Unternehmensnachfolgen im Dienstleistungsbereich, im Handwerk, in der gewerblichen Wirtschaft und in freien Berufen machen den Wirtschaftsstandort Deutschland stark und sind somit auch ein wichtiger Pfeiler unserer Sozialen Marktwirtschaft.

Überhaupt leiden Unternehmen unter Bürokratie. Warum kommt da nicht mehr Entlastung von der Politik?

Hier sind wir seit Jahren dran. Wir sollten das aber jetzt einfach auch mal umsetzen. Unsere Unternehmer sind überlastet, es gibt immer mehr Bürokratie, mehr Vorschriften. Wir müssen die Unternehmer gerade jetzt,

„Rekommunalisierung ist der falsche Weg. Dort, wo es privat möglich ist, müssen Aufgaben auch privat übernommen werden.“

bei den aktuellen Herausforderungen, deutlich mehr entlasten. Entbürokratisierung ist ein wichtiger Punkt. Aber einer der wesentlichen Punkte ist für mich, dass wir wieder Wirtschaftspolitik für unsere Unternehmer machen. Hier braucht es eine umfassende und effiziente Steuerreform. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir bereits ein Wahlrecht für Personengesellschaften beschlossen, sich wie Kapitalgesellschaften besteuern zu lassen, um so eine rechtsformneutrale Besteuerung zu erreichen. Der Wechsel des Besteuerungsregimes ist erstmals für den Veranlagungszeitraum 2022 möglich. Das war ein wichtiger und längst überfälliger Schritt. Leider war mit der SPD mehr nicht möglich.

Auch bei der Digitalisierung gibt es in vielen Kommunen Nachholbedarf. Warum sind wir da so schwerfällig? Warum ist Österreich weiter bei vielen Behördengängen, die digital funktionieren?

In Baden-Württemberg digitalisieren wir die Kommunen mit Hochdruck. Aber die Verwaltungsprozesse





Christina Stumpp (34) wuchs auf dem landwirtschaftlichen Betrieb ihrer Eltern auf. Sie machte zunächst eine Ausbildung zur Verwaltungswirtin und studierte später Steuerrecht. Anschließend arbeitete sie in der Stadtverwaltung und im Finanzamt ihrer Heimatstadt Waiblingen. 2012 wechselte sie in die Landeshauptstadt nach Stuttgart, wo sie in verschiedenen Ministerien als Sachbearbeiterin und Referentin tätig war. Zuletzt war sie persönliche Referentin des Landwirtschaftsministers Peter Hauk (CDU). Bei der Bundestagswahl 2021 gewann sie als erste Frau im Wahlkreis Waiblingen das Abgeordnetenmandat für die CDU. Beim CDU-Parteitag am 9. und 10. September 2022 steht sie für das neue Amt der stellvertretenden Generalsekretärin zur Wahl. Im Konrad-Adenauer-Haus leitet sie bereits das neu eingerichtete Kommunalbüro.

sind nach wie vor sehr schwerfällig. Hier einen Workflow zu finden, der dann auch passt, wird schwieriger, weil die Rechtsvorschriften immer komplexer werden. Wir stehen uns häufig selber im Weg. In Deutschland wird oft versucht, Vorgaben 150-prozentig umzusetzen. Und man sieht beispielsweise in Österreich, dass es auch schneller gehen würde.

Auch die Pandemie hat ja gezeigt, dass es in Teilen bereits schneller geht. So ist vor allem im Gesundheitswesen die Digitalisierung in vielen Bereichen angekommen. Unsere Landwirtschaft ist oft derart digital,

„**So viel Basisbeteiligung wie jetzt haben wir die letzten 16 Jahre nicht betrieben.**“

davon können andere Branchen nur träumen. Ich glaube, da müssen wir einfach die Best-Practice-Beispiele, die es national und international gibt, nehmen und auf unsere Kommunen übertragen. Es kann nicht sein, dass Bürger oft drei, vier Monate warten müssen, bis sie einen Termin im Einwohnermeldeamt bekommen. Das war in den 80er-Jahren schneller möglich als heute. Dafür habe ich kein Verständnis. Und es legt uns auch aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten lahm, wenn die Baugenehmigung und die Planungsverfahren Monate oder Jahre brauchen. Da hat der Unternehmer kein Verständnis, der muss schnell agieren können und das sollte die Politik auch.

Man hört von der Partei so wenig in letzter Zeit. Es gibt wenig klare Positionierungen. Mit Friedrich Merz haben wir die Hoffnung verbunden, jetzt wieder klare Kante zu bekommen. In der Fraktion ist das der Fall, aber von der Partei hört man wenig. Warum?

Ich würde nicht sagen, dass man wenig von der Partei hört. Wir legen derzeit das Grundsatzprogramm frisch auf und haben hierzu in einem ersten Schritt die Grundwerte-Charta verabschiedet. Wir haben die Aktionsreihe „Der Rede WERT“ gestartet, bei der wir vor allem mit unserer Basis in Kontakt treten.

Ich persönlich habe am 26. April dieses Jahres mein Kommunalbüro eröffnet. Es gibt digitale Basiskonferenzen. Ich finde, unsere Partei lebt. So viel Basisbeteiligung wie jetzt haben wir die letzten 16 Jahre nicht betrieben. Trotzdem gibt es noch viel zu tun. Wir müssen uns inhaltlich noch stärker ausrichten. Wir müssen zurück zum Markenkern der CDU, unsere Themen wieder stärker besetzen und mehr auf die Lebensrealität der Menschen Rücksicht nehmen.

Das Gesellschaftsjahr ist in der MIT umstritten. Die Gegner argumentieren, dass in den Hilfsorganisationen gar nicht genug Plätze vorhanden sind. Außerdem geht ein kompletter Ausbildungsjahrgang verloren, und das während des allgemeinen Arbeitskräftemangels.

Ich verstehe diese Sorgen. Der Fachkräftemangel wird sich in den nächsten Jahren sogar noch deutlich verschärfen. Ich glaube aber, es täte uns insgesamt gut, mehr jüngere Leute dazu zu motivieren, sich für die Gesellschaft einzusetzen – ob im sozialen Bereich, bei der Bundeswehr, aber auch beim Technischen Hilfswerk oder bei den Feuerwehren. Früher war es selbstverständlich, dass man sich vor Ort engagiert hat. Viele Unternehmen beklagen oft die mangelnde Ausbildungsreife der Schulabgänger. Das Gesellschaftsjahr wird hier aus meiner Sicht einen positiven Effekt haben.



Die CDU wird aktuell stark wahrgenommen mit einer Debatte um die Frauenquote. Warum führen wir diese Debatte?

Ich glaube, es gibt gerade wichtigere Themen als die Frauenquote. Wir haben Krieg in Europa, und wir haben die höchste Inflationsrate aller Zeiten. Für unsere Unternehmer werden die kommenden Monate eine enorme Herausforderung, auch angesichts der unterbrochenen Lieferketten.

Die Frauenquote wird aber vom CDU-Vorstand auf den Weg gebracht.

Der Bundesparteitag im September soll das jetzt entscheiden. Es eint uns alle in der Union, dass wir mehr Frauen für die CDU begeistern müssen. Wir müssen auch wieder attraktiver für Familien und Jugendliche werden. Bei der vergangenen Bundestagswahl

aber, dass wir jetzt mit dem Vorschlag von Friedrich Merz einer befristeten Quote einen guten Kompromiss gefunden haben. Und der Bundesparteitag wird entscheiden. Ich bin gespannt, in welche Richtung es geht.

Warum sollten in dem Fall nicht die Mitglieder entscheiden?

Ich bin generell für mehr Mitgliederbefragungen, wenn es um Richtungsentscheidungen geht. Damit dies zukünftig einfach und bezahlbar funktionieren kann, müssen wir die digitale Erreichbarkeit unserer Mitglieder erhöhen. Mein Ziel ist es, dass wir von 80 bis 90 Prozent unserer Mitglieder eine aktive E-Mail-Adresse haben. Mehr Basisbeteiligung und eine bessere Einbindung der Mitglieder – dafür setze ich mich definitiv ein.

„Als Vize-Generalsekretärin werde ich mich für mehr Mitgliederbefragungen einsetzen.“

2021 haben uns nur zehn Prozent der Jugendlichen gewählt. Das finde ich untragbar. Wir müssen jünger, moderner, weiblicher werden. Das ist mein Anspruch und dafür arbeite ich jeden Tag mit vollem Einsatz.

Sie haben sich früh skeptisch zur Frauenquote geäußert. Hat sich das geändert?

Ich bin keine Befürworterin der starren Frauenquote. Ich glaube

Der Parteitag wird auch über die Grundwerte-Charta diskutieren. Es gab einen Streitpunkt um das Thema „Gleichstellung oder Gleichberechtigung“, letztlich zugunsten des Begriffs Gleichstellung. Wo stehen Sie da?

Hier muss man differenzieren. Ich glaube, die meisten Bürger nehmen den Unterschied gar nicht wahr. Die CDU hat sich immer für die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau

eingesetzt. Das ist auch richtig so. Mit Gleichstellung geht viel mehr einher, etwa die 50-prozentige paritätische Besetzung von Listen. Ich habe mich auch als Leiterin des Kommunalbüros gegen eine starre Frauenquote ausgesprochen. Denn, wenn ich an die Kommunalwahlen denke, und wir dort jede zweite Position mit einer Frau besetzen müssen, ist das eine Herkulesaufgabe. Ich bin fleißig dabei, Frauen auf kommunaler Ebene zu motivieren. Ich stelle aber fest, dass Frauen sich viel mehr Gedanken machen als Männer, ob sie auf einer Kommunalwahl-Liste kandidieren. Wenn ich 30 Frauen frage, überlegen sich das drei und eine sagt zu. Wir müssen das Problem an der Wurzel packen. Wir müssen mehr Frauen für die Politik begeistern und in die Partei bekommen.

Bitte beantworten Sie die nächsten Fragen nur mit ja oder nein. Sie haben einen Joker.

Nur mit der Frauenquote ist die CDU attraktiv für Frauen?

Joker.

Politik und Familie passen gut zusammen.

Ja, aber ich glaube, dass wir an den Rahmenbedingungen arbeiten müssen, also Beginn- und Endzeiten von Sitzungen, hybride Formate und politische Eltern- und Pflegezeit.

Als Vize-Generalsekretärin werde ich mich für mehr Mitgliederbefragungen einsetzen.

Ja.

Ich kann mir einen Regierungswechsel von der Ampel zu Jamaika innerhalb der Legislaturperiode vorstellen.

Ja, definitiv.

Danke für das Gespräch.



DEUTSCHLAND

SOZIALE

MARKT

WIRTSCHAFT

**Bewährtes erhalten.
Bestehendes verbessern.
Zukunft sichern.**



IMMER MEHR CYBER-ANGRIFFE

Wenn ein falscher Klick den Betrieb lahmlegt

Ein einziger Klick kann heute ein gesamtes Unternehmen lahmlegen. Schon das Öffnen einer E-Mail kann Kosten in Millionenhöhe verursachen. Was können Unternehmer tun, wenn Hacker Daten abfangen oder Lösegeld fordern?

Cyberangriffe sind derzeit die größte Sorge für Unternehmen weltweit. Die Bedrohung durch Ransomware, Datenverletzungen oder IT-Ausfälle beunruhigt die Unternehmen sogar noch mehr als Geschäfts- und Lieferkettenunterbrechungen, Naturkatastrophen oder die Folgen der Corona-Pandemie. Das ist das Ergebnis des Allianz-Risikobarometers, für das 2.650 Experten in 89 Ländern befragt wurden.

Das hat seinen Grund: Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) schätzt die Cyber-Bedrohungslage in Deutschland als „angespannt bis kritisch“ ein. Die Angriffsmethoden entwickelten sich schnell weiter, und auch die Anzahl der Schadprogramm-Varianten nimmt laut BSI-Lagebericht deutlich zu. Im vergangenen Jahr wurden 144 Millionen neue Varianten identifiziert – ein Zuwachs von 22 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Mehr Kompetenzen für den Bund

Das zuständige Bundesinnenministerium war in der vergangenen Legislaturperiode nicht untätig. Mit einer neuen Cybersicherheitsstrategie und einem IT-Sicherheitsgesetz wurden zwei Meilensteine für mehr Sicherheit im Netz gesetzt. Das Personal im BSI wurde mit mehr als 700 neuen Stellen fast verdoppelt. Die Behörde wurde mit mehr Kompetenzen bei der Detektion von Sicherheitslücken und bei der Abwehr von Cyberangriffen ausgestattet. Durch klare Meldewege sollen rechtliche Unsicherheiten bei der Aufdeckung von IT-Schwachstellen bei Unternehmen ausgeräumt werden.

Zudem wurde ein einheitliches IT-Sicherheitskennzeichen eingeführt, das die Sicherheitsfunktionen von IT-Produkten auf einen Blick sichtbar macht. Die neuen Befugnisse stießen damals insbesondere bei der FDP auf Kritik.

Ukraine-Krieg verschärft Lage

Doch wie wichtig die Kompetenzausstattung staatlicher Behörden ist, zeigt sich spätestens seit der „Zeitenwende“ in diesem Jahr. Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine habe sich die Bedrohung durch Cyberangriffe weiter ver-

schärft, sagte BSI-Präsident Arne Schönbohm im Juni auf einer Sicherheitskonferenz in Potsdam.

Er berichtete von einer Attacke auf die deutsche Tochtergesellschaft des russischen Ölkonzerns Rosneft, die nahezu zu einer massiven Störung der Mineralöl-Distribution vor allem im Großraum Berlin und Brandenburg geführt hätte. „Das konnte gerade noch abgewendet werden, weil es gelungen ist, die IT-Systeme von Rosneft Deutschland wieder kurzfristig in Gang zu bringen“, so Schönbohm.

220 Milliarden Euro Schaden

Doch es sind nicht nur einige wenige Konzerne betroffen. Dem Digitalverband Bitkom zufolge haben Cyberangriffe im vergangenen Jahr bei 86 Prozent der Unternehmen in Deutschland Schaden verursacht. Umfang: mehr als 220 Milliarden Euro. „Die Wucht, mit der insbesondere Ransomware-Angriffe unsere Wirtschaft erschüttern, ist besorgniserregend und trifft Betriebe aller Branchen und Größen“, sagt Bitkom-Präsident Achim Berg.

Bei einem Ransomware-Angriff verschafft sich ein Schadprogramm Zugriff auf das Gerät. Das erreichen Ha-

cker auf immer clevere Weise, bspw. über Phishing-Angriffe, bei denen sich die Schadsoftware in einem infizierten, aber legitim getarnten E-Mail-Anhang verbirgt. Öffnet

„Die Wucht, mit der Ransomware-Angriffe unsere Wirtschaft erschüttern, ist besorgniserregend.“

Achim Berg, Präsident Bitkom

ein Mitarbeiter diesen Anhang, kann sich die Software automatisch auf dem Gerät ausbreiten – im schlimmsten Fall sogar auf das gesamte Unternehmensnetzwerk und verbundene Server. Neben dem Ziel, Daten abzugreifen oder an wertvolle interne Informationen zu gelangen, sind nicht selten Erpressungen das Ziel der Angreifer.

Anzeige

ÖKOLOGISCH VORTEILHAFT



Getränkekartons für Fruchtsäfte und Milch sind ökologisch mindestens genauso gut wie Glas-Mehrwegflaschen. Einweg-Plastikflaschen schneiden am schlechtesten ab. Dies ist das Ergebnis einer aktuellen Ökobilanz des Instituts für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (IFEU), das vom Umweltbundesamt offiziell bestätigt wurde.

Erfahren Sie mehr auf getraenkekarton.de

@getraenkekarton



Eine Initiative des Fachverbandes
Kartonverpackungen für flüssige
Nahrungsmittel e.V.



„Achtung, Cyber-Attacke“: 180 zugeschaltete Mittelständler haben bei einer MIT-Videokonferenz miterleben können, wie ein Cyberangriff abläuft. CDU-Digital-experte Marc Henrichmann gab Tipps.

„Achtung, Cyber-Attacke“

Dabei tun Unternehmen nach Einschätzung vieler Experten noch nicht genug, um sich abzusichern. Laut einer BSI-Umfrage investiert jedes zweite Unternehmen gerade einmal ein bis zehn Prozent des IT-Budgets in Cybersicherheit. Notwendig wären aber 20 Prozent, heißt es von Seiten der Behörde.

Wie sollte ein Unternehmen im Fall eines Hackerangriffs reagieren? Um diese Frage zu beantworten, hat die MIT gemeinsam mit Fachexperten die Online-Veranstaltung „Achtung, Cyber-Attacke: Was Sie für den Ernstfall wissen sollten“ durchgeführt. Dabei wurde vor rund 180 zugeschalteten MIT-Mitgliedern eine realistische Cyber-Attacke simuliert.

„Alle Gesetze sollten zukünftig auf den Faktor Cybersicherheit geprüft werden.“

Catarina dos Santos Firnhaber,
CDU-Bundestagsabgeordnete

So reagieren Unternehmen richtig

Die Experten empfehlen, im Falle eines Cyberangriffs umgehend folgende Schritte einzuleiten – egal ob Kleinstbetrieb oder Großkonzern: Server offline stellen, WLAN abstellen, Stecker ziehen, die „Ransom note“, also das Erpresserschreiben, sichern. Server und Systeme sollten dabei nicht heruntergefahren werden, sondern nur vom Netzwerk getrennt werden. Sonst würden eventuell Spuren für die Forensik, die Spurensicherung, vernichtet.

Unverzüglich sollte ein zuvor festgelegter Krisenstab informiert werden. Dieser Krisenstab sollte zum Zeitpunkt des Angriffs bereits

geschult und sofort einsatzbereit sein. Im Idealfall steuert ein Experte für Krisenkommunikation die interne Kommunikation gegenüber den Mitarbeitern, aber auch die Kommunikation gegenüber Kunden, Lieferanten und der Presse. Hier ist es insbesondere bei Mittelständlern oft ratsam, sich externe Hilfe zu suchen.

Datenverletzungen sind meldepflichtig

Ebenso sollten Rechtsberater und Versicherungsmakler hinzugezogen werden. Denn es besteht eine gesetzliche Meldepflicht gegenüber Datenschutzbehörden innerhalb von 72 Stunden, sofern personenbezogene Daten betroffen sind. Deshalb sollten auch der Datenschutzbeauftragte und der Personalrat hinzugezogen werden – falls vorhanden. Sollte die Datenschutzgrundverordnung verletzt werden, können Unternehmen mit vier Prozent des Jahresumsatzes haftbar gemacht werden.

Außerdem empfehlen die Experten, Anzeige bei der Kriminalpolizei zu erstatten. Insbesondere dann, wenn man erpresst wird. Denn, was viele nicht wissen: Wer Lösegeld zahlt, kann sich strafbar machen. Nämlich dann, wenn das Geld einer kriminellen Vereinigung zufließt – auch dann, wenn der Zahlungsempfänger unbekannt ist.

Oft kommen die Angreifer aus dem Ausland oder die Konten befinden sich dort. Deshalb sollte das Unternehmen ebenso eine Selbstanzeige beim Zoll stellen, da Zahlungen als Geldwäsche gewertet werden könnten. „Haftbar ist man in der Regel aber nur, wenn man sich nachweislich etwas zu Schulden kommen lassen hat“, erläutert Rechtsanwalt Philipp Heinrichs. Er rät: Lösegeld sollte nur gezahlt werden, wenn die Existenz des Unternehmens gefährdet ist. Überprüfen sollte das Unternehmen zudem, ob in einer Cyber-Versicherung, die jedoch die wenigsten Unternehmen abgeschlossen haben, eine Lösegeldzahlung mitversichert ist – und bis zu welcher Höhe.

Je länger das Passwort, desto besser

Damit es erst überhaupt nicht zu diesem Szenario kommt, sollten Unternehmen vorsorgen. „Präventives Krisenmanagement muss geübt werden, um besser in der Krise aufgestellt

**UNSERE LEIDENSCHAFT
IST UNSERE BERUFUNG.
UND UNSERE STEUERBERATUNG
DIE GRÖSSTE HILFE.**

Im Restaurant Margarete dreht sich alles um Regionalität und Nachhaltigkeit. Dank der Unterstützung ihrer Steuerberatung und den digitalen Lösungen von DATEV können sie sich voll und ganz auf ihre Gäste konzentrieren.



Raffaella und Simon,
Inhaberin und Inhaber Restaurant MARGARETE

GEMEINSAM-BESSER-MACHEN.DE



Zukunft gestalten.
Gemeinsam.

zu sein“, sagt der Versicherungsmakler Fredrik Köncke.

Er rät, regelmäßig zu prüfen, ob die Firewall ausreichend konfiguriert ist und diese auch ungewöhnliches Verhalten erkennen kann. Wichtig ist ferner die Schulung von Mitarbeitern, damit diese ungewöhnliches Verhalten erkennen können.

Die Nutzung von langen und komplexen Passwörtern erschwert den Hackern ebenfalls ihre Arbeit. Mittlerweile empfehlen Experten Passwörter mit mehr als 15 Stellen. Kürzere Passwörter könnten bereits in wenigen Stunden errechnet werden. Außerdem sollten Passwörter nicht ständig geändert werden. Denn dann neigen Nutzer dazu, simplere Passwörter zu verwenden. Passwörter sollten nicht auf Post-It-Zetteln, sondern in Safes aufbewahrt werden.



CDU-Bundestagsabgeordnete Catarina dos Santos Firnhaber wünscht sich mehr Einsatz der Bundesregierung im Kampf gegen Cyberkriminalität.

Software ständig aktualisieren

Software-Aktualisierungen können lästig sein, sollten aber nicht wochenlang aufgeschoben werden. Gefährlich sind insbesondere „End-of-Life-Systeme“: Also Software, die vom Hersteller nicht mehr produziert oder unterstützt wird. Somit ist diese besonders angreifbar, da keine Sicherheitsüberprüfungen mehr durchgeführt werden.

Neben einem Krisenstab sollte jedes Unternehmen den Experten zufolge eine IT-Taskforce einrichten, die ein Notfallsystem aufgebaut hat. Für einen geordneten Überblick und angemessene Reaktionen kann auch ein Handbuch hilfreich sein. Es sollte beispielsweise sichergestellt sein, dass es Zugang zu Geräten

gibt, die nicht mit dem System verbunden sind und die notfalls laufen, wenn das gesamte System gehackt wurde.

Keine fremden USB-Sticks nutzen

Marc Henrichmann, Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Bereich Cybersicherheit im Ausschuss für Inneres und Heimat, warnt zudem vor „Smishing“. Dabei werden überzeugende SMS- oder Textnachrichten mit einem Link versendet, hinter dem sich Schadsoftware verbirgt. Henrichmann warnt zudem vor vermeintlich auf Parkbänken vergessenen USB-Sticks – diese könnten mit Schadsoftware beladen sein.

„Man muss immer wieder auf die kleinen Dinge hinweisen, damit die großen Dinge nicht geschehen“, sagt der Bundestagsabgeordnete. „Ein ständiges Monitoring kann helfen, dass diese kleinen außergewöhnlichen Geschehnisse schneller auffallen.“

Henrichmanns Fraktions- und MIT-Kollegin Catarina dos Santos Firnhaber weist darauf hin, dass nicht nur viele Bürger und Betriebe arglos seien. „In ähnlicher Weise fehlt ein grundlegendes Verständnis in der Politik für einen ganzheitlichen Ansatz bei der Digitalisierung, der auch das Feld Cybersicherheit ganz natürlich einbezieht. Denn Cybersicherheit ist eine Grundvoraussetzung für digitales Vertrauen“, sagt die CDU-Abgeordnete, die Mitglied im Digitalausschuss des Bundestages ist.

Ampel-Koalition schläft

Dos Santos Firnhaber wünscht sich vor allem nach dem Krieg in der Ukraine eine Reaktion der Politik. „Jedoch fehlt sogar im aktuellen Entwurf der Digitalstrategie der Bundesregierung bislang noch ein Hinweis auf die Problematik.“ Auch in aktuelle Gesetzgebungsverfahren wie bei der Einführung einer digitalen Hauptversammlung würden Cyber-Risiken nicht einmal erwähnt. „Es fehlt jeglicher Anspruch und auch eine Sensibilität, den digitalen Sicherheitsbedürfnissen der Unternehmen gerecht zu werden. Das reicht nicht. Alle Gesetze sollten zukünftig auf den Faktor Cybersicherheit geprüft werden“, fordert sie. Die Behörden benötigten eine bessere personelle und technische Ausstattung. „Auch sollten wir aktiver über Reformen in der Strafverfolgung in diesem Bereich nachdenken. Denn eine verbesserte IT-Sicherheit und die Absicherung gegen Schäden durch Cyber-Attacken sind zentral für den Wirtschaftsstandort Deutschland und können zum Standortvorteil für alle Beteiligten werden. Das muss auch ohne zusätzliche Kosten und Bürokratie möglich sein“, so die CDU-Digitalexpertin. ●



Alina Kemper
Redakteurin
kemper@mit-bund.de

PERFEKT FÜRS HINFAHREN, ZURÜCKFAHREN, HEIMFAHREN UND RUNTERFAHREN.



ŠKODA
SIMPLY CLEVER



DIE ŠKODA BUSINESSFLOTTE: MIT DEM ŠKODA OCTAVIA, ŠKODA SUPERB UND DEM ŠKODA KAROQ TOUR.

Unsere Businessflotte ist gemacht, um den Anforderungen der modernen Arbeitswelt gerecht zu werden und Sie optimal bei Ihrem Business zu unterstützen. Dafür bietet sie Ihnen fortschrittliche Technologien, clevere Features, jede Menge Komfort, ein großzügiges Raumangebot und niedrige Betriebskosten. Unser Kompakt-SUV ŠKODA KAROQ als Sondermodell TOUR überzeugt mit einer umfangreichen Serienausstattung, und bei unseren beliebten Combis ŠKODA SUPERB und ŠKODA OCTAVIA genießen Sie Ausstattung, wie man sie vor allem aus der Oberklasse kennt.

**BUSINESS-LEASINGRATE
ŠKODA KAROQ TOUR**

MTL. AB 269,- €¹

Mehr Informationen und Angebote zu unseren Businessmodellen jetzt auf skoda.de/businessflotte

ŠKODA KAROQ TOUR 1,5 I TSI 110 kW (150 PS): Kraftstoffverbrauch (kombiniert): 7,2-5,6 l/100 km; (Kurzstrecke) 8,6-7,6 l/100 km; (Stadttrand) 7,0-5,6 l/100 km; (Landstraße) 6,3-4,9 l/100 km; (Autobahn) 7,6-5,6 l/100 km; CO₂-Emissionen (kombiniert): 163-128 g/km; CO₂-Effizienzklasse: E-B (WLTP-Werte). Für dieses Modell stehen keine NEFZ-Werte zur Verfügung.

¹ Ein Leasingangebot der ŠKODA Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Straße 57, 38112 Braunschweig. Am Beispiel eines ŠKODA KAROQ TOUR 1,5 I TSI 110 kW (150 PS), 6-Gang-Schaltgetriebe, u. a. inkl. Metalliclackierung und Infotainmentsystem Amundsen, unverbindliche Preisempfehlung 28.815,13 € (zzgl. MwSt.). Laufzeit 48 Monate und jährliche Laufleistung 15.000 km, 0,- € Sonderzahlung, zzgl. MwSt., zzgl. Überführungs- und Zulassungskosten. Dieses Angebot gilt nur für gewerbliche Kunden (außer Sonderabnehmer) und bei Bestellung beim teilnehmenden ŠKODA Partner bis zum 30.09.2022. Bonität vorausgesetzt.

PRO & CONTRA

Sollte Deutschland seine Geschäfte mit China reduzieren?

In dieser Rubrik lassen wir Mitglieder der MIT zu Wort kommen.

Die Beiträge geben ihre persönliche Meinung wieder.



Dr. Norbert Röttgen (57) ist CDU-Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses. Von 2014 bis 2021 war er dessen Vorsitzender. Der Jurist war von 2009 bis 2012 Bundesumweltminister.

Abhängigkeit von China ist viel zu groß

Deutschland hat sich selbstverschuldet in eine Abhängigkeit von russischem Gas gebracht. Wie dramatisch die Folgen sind, erleben wir gerade jeden Tag. Aber statt selbst zu handeln, starrt Deutschland auf Putin wie das Kaninchen auf die Schlange. Wir haben uns aus Angst vor den Konsequenzen eines Lieferstopps in die schlechtmöglichste Situation gebracht: Jetzt entscheidet Putin, ob das Gas fließt oder nicht, und wir sehen hilflos zu.

Wir müssen verhindern, dass wir im Falle eines chinesischen Angriffs auf Taiwan in eine noch viel schlimmere Situation geraten. Denn unsere Abhängigkeit von China ist um ein Vielfaches größer als unsere Abhängigkeit von Russland. Das setzt voraus, dass wir die Zeit, die uns noch bleibt, jetzt nutzen und damit beginnen, unsere Abhängigkeit vom chinesischen Markt systematisch zu reduzieren. Leider ist nach wie vor das Gegenteil der Fall. Abhängigkeiten werden selbst in strategischen Bereichen unserer Volkswirtschaft weiter gesteigert.

Wenn China Taiwan angreift, dann werden die USA an Taiwans Seite stehen und dies von Deutschland und Europa ebenfalls fordern. Sollte Deutschland aufgrund der eigenen wirtschaftlichen Verwendbarkeit zögern, wäre das für den

Westen ein schwerer Schlag. Tragen wir Sanktionen gegen China hingegen mit, wird Chinas Staatspräsident Xi Jinping unsere wirtschaftliche Abhängigkeit – ohne mit der Wimper zu zucken – ausnutzen und gegen Deutschland ausspielen.

Die strategische Abhängigkeit einzelner Unternehmen vom chinesischen Markt ist daher mehr als ein privatwirtschaftliches Problem. Ihre Abhängigkeit wird zur Gefahr für unsere Volkswirtschaft und damit für unser Land schlechthin. Wie wir mit dieser Ansteckungsgefahr umgehen sollen, die in ihrer ökonomischen Bedeutung weit über die Abhängigkeit Deutschlands von russischen Energielieferungen hinausgeht, ist in der deutschen Politik nach wie vor unbeantwortet.

Über Jahrzehnte bestand deutsche China-Politik im Wesentlichen aus Industrie-Exportpolitik. Geopolitische Risiken wurden ausgeblendet. Das funktioniert in einer Zeit des Systemkonflikts mit China nicht mehr. Politik und Wirtschaft müssen sich zusammensetzen und für Deutschland eine neue Außenwirtschaftsstrategie entwickeln, die neue Absatzmärkte und Investitionsfelder erschließt und uns so erlaubt, auf Wachstumskurs zu bleiben, ohne dafür den Preis von weiteren Abhängigkeiten zu bezahlen. ●

PRO

China ist Deutschlands wichtigster Handelspartner. Doch die engen Beziehungen zu China und Russland und die offenen Kriegsdrohungen der Volksrepublik gegenüber Taiwan beunruhigen den Westen. Das wirft die Frage auf, wie Deutschland politisch und ökonomisch reagieren soll. Sollte der Staat seine Abhängigkeit vom so genannten Reich der Mitte reduzieren?

Ihre Meinung zählt

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Unter www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage können Sie Ihre Meinung zum aktuellen Pro und Contra äußern. Über das Abstimmungsergebnis informieren wir im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn unter www.mit-bund.de/newsletter kostenlos abonnieren.

Freihandel ist wichtig für Wohlstand und Werte

Freihandel gehört geradezu zur DNA eines marktwirtschaftlichen Systems. Wenn Deutschland also seine Geschäfte mit China reduzieren sollte, müsste dies durch eindeutige politische Vorgaben des Staates gegenüber privaten Marktteilnehmern geschehen. Das wäre ein Markteingriff auf der höchsten Intensitätsstufe, der einer klaren Legitimation bedarf.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass dadurch die Dispositionsfreiheit über privates Eigentum massiv beschränkt werden könnte. Es wären erhebliche Kollateralschäden bei Unbeteiligten zu erwarten, die zu entschädigen wären.

Es ist eine gesicherte Erkenntnis der Wirtschaftswissenschaft, dass die grenzüberschreitende wirtschaftliche Verflechtung allen nützt, die dabei mitmachen. Die internationale Arbeitsteilung empfiehlt, dass jeder das herstellen soll, was er relativ am besten und günstigsten fertigen kann, und dass die Grenzen der Staaten für Importe, Exporte und Investoren offen sein müssen. Das alles kommt dem technischen Fortschritt zugute und bringt Wachstum und Wohlstand. Handel ist übrigens auch die beste Medizin gegen Inflation, denn er führt durch Wettbewerbsdruck zu sinkenden Prei-

sen, während Protektionismus die Preise nach oben treibt.

In den vergangenen 40 Jahren war die gegenseitige Marktöffnung bezogen auf China ein grandioser Erfolg. Die Einführung der Marktwirtschaft führte dazu, dass rund 800 Millionen Menschen aus der extremen Armut befreit wurden und nicht mehr hungern müssen – ein humaner, ökonomischer und auch politischer Erfolg, der weltweit ohne Parallele ist.

Es gibt eine Reihe seriöser Studien, die belegen, dass der Handel nichtdemokratischer Länder mit demokratischen Ländern zumindest dazu führt, dass demokratische Werte verstärkt in den Fokus der Menschen in den Ländern mit Demokratiedefiziten geraten und immer mehr Menschen trotz der Risiken bereit sind, ihre Meinung zu äußern. Eine Studie der US-Denkfabrik CSIS demonstriert eindrucksvoll: Je mehr Menschen mit dem Ausland interagieren, desto liberaler und marktfreundlicher sind sie. Das politische System in China hat sich kaum gewandelt. Doch Modernisierung und Verflechtung mit dem Ausland haben viele Chinesen offener gemacht. Die Autoren der Studie sprechen von einer (noch?) leisen liberalen Mehrheit der Bevölkerung. Dieses „Pflänzchen Hoffnung“ sollten wir hegen und pflegen. ●

CONTRA



Matthias Klein (57) ist Mitglied des MIT-Bundesvorstands und Vorsitzender des MIT-Auslandsverbands Schweiz. Er arbeitet als Europa-Chef einer global agierenden Investment- und Beratungsgruppe.

Ab 2035 sollen EU-weit nur noch emissionsfreie Neuwagen zugelassen werden. Welche Alternativen gibt es zum Verbrenner? Was sind ihre Vor- und Nachteile?

E-FUELS, STROM, WASSERSTOFF

Was ist die Antriebste

Die EU-Umweltminister haben das Aus für neue Autos mit Verbrenner eingeläutet. Ab 2035 sollen nur noch klimaneutrale Neuwagen verkauft werden. Für synthetische Kraftstoffe allerdings bleibt eine Hintertür offen, zumindest für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge. Darauf hat insbesondere Deutschland gedrängt.

Was sind E-Fuels?

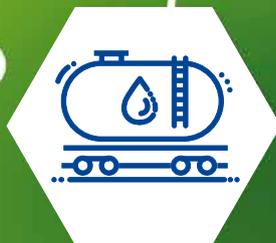
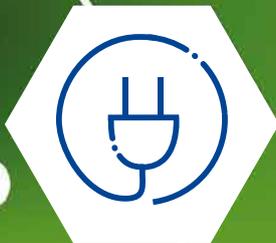
E-Fuels werden mithilfe von Strom aus Wasser und CO₂ hergestellt. Sie unterscheiden sich in ihren Grundeigenschaften nicht von Benzin oder Diesel aus Erdöl. Sie setzen allerdings im Gegensatz zu herkömmlichen Brennstoffen kein zusätzliches Kohlendioxid frei. Laut dem Branchenverband „eFuel Alliance“ sind sie in der Gesamtbilanz klimaneutral.

Verglichen mit Wasserstoff können E-Fuels recht schnell und kostengünstig über bestehende Tankstellen vertrieben werden. Allerdings verbrennen auch diese Kraftstoffe nicht ganz ohne Rückstände. Und: Bislang gibt es E-Fuels nur in der Theorie, von geringen, kaum bezahlbaren Mengen aus Forschungsanlagen einmal abgesehen.

Entscheidender Vorteil

Vor allem Porsche und Siemens Energy investieren kräftig in die neue Technologie. Die Konzerne errichten derzeit in Chile die erste kommerzielle Industrieanlage zur Herstellung eines synthetischen Kraftstoffs, den Porsche perspektivisch in den eigenen Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor einsetzen will. Denn, das ist ein weiterer Vorteil: E-Fuels können bedenkenlos in Bestandsfahrzeugen zum Einsatz kommen.

Motoren-Professor Stefan Pischinger von der RWTH Aachen ist überzeugt, dass klimaneutrale Mobilität nur durch den gleichzeitigen Einsatz aller möglichen Technologien erreichbar ist: „Ohne E-Fuels werden wir bis 2045 nicht klimaneutral sein können und auch die Zwischenziele nicht schaffen“, ist er überzeugt.



beste chnik?

Er führt das auf den enormen Bestand an Verbrennern zurück. „Selbst, wenn die für bis 2030 optimistisch avisierten zehn Millionen Elektrofahrzeuge in Deutschland zugelassen würden, wären das gerade einmal 22 Prozent der Fahrzeuge auf der Straße.“

Geringer Wirkungsgrad

Gänzlich anders sieht das der Automobilexperte Ferdinand Dudenhöffer: „Synthetische Kraftstoffe werden so teuer sein, dass kaum jemand bereit sein wird, dafür zu bezahlen“, sagt der Professor aus Duisburg. Chancen sieht er hingegen bei Flugzeugen oder Schiffen. Autokonzernen unterstellt er jedoch, bloß mehr Zeit für die konventionellen Antriebe gewinnen wollen.

Neben dem hohen Preis begründet er seinen Pessimismus mit der Energieeffizienz: „Weniger als 20 Prozent der Ausgangsenergie wird zum Antrieb eingesetzt“, so Dudenhöffer. Auch der Automobilwissenschaftler Stefan Bratzel verweist auf den geringen energetischen Wirkungsgrad von 15 bis 20 Prozent bei E-Fuels.

Elektroautos sind effizienter

Rein technisch betrachtet, gilt das E-Auto als effizientestes System. Eine Kilowattstunde Strom kommt hier zu rund 80 Prozent als Antriebsleistung auf die Straße. Da allerdings beim Laden der Batterie und bei der Bereitstellung des Stroms auch Verluste anfallen, liegt der Wirkungsgrad laut TÜV Nord bei 64 Prozent. Zum Vergleich: Bei einem Dieselmotor liegt der Wirkungsgrad bei circa 45 Prozent, bei einem Benziner nur bei 20 Prozent.

Streit um Klimabilanz

Hoch umstritten ist jedoch die Klimabilanz der E-Autos. Denn ihre Herstellung verursacht deutlich mehr CO₂ als die von Verbrennern. Ebenso umstritten ist, wie lange es dauert, bis ein E-Auto mehr Emissionen eingespart hat, als es in seiner Herstellung verbrauchte. Laut Berechnungen des ADAC soll es ganze 8,5 Jahre oder 127.500 Kilometer dauern, bis das E-Auto einen neuwertigen Benziner aussticht.

Eine andere Studie von der Bundeswehr-Universität München kommt zu dem Schluss, dass mit Ökostrom geladene E-Autos über den gesamten Lebenszyklus – von der Produktion bis zur Entsorgung – bis zu 89 Prozent weniger Emissionen ausstoßen als Benziner. Im derzeitigen Energiemix beträgt die Reduktion immerhin noch 65 Prozent. Verglichen wurden dabei 790 verschiedene Autos.

Grüner Wasserstoff hilft Klima

Angesichts explodierender Gaspreise ins Hintertreffen geraten ist die Alternative über den Wasserstoffantrieb. Denn der meiste Wasserstoff wird derzeit noch immer mit Hilfe von Erdgas hergestellt. Dieser „graue“ Wasserstoff verstärkt den Treibhauseffekt. Klimafreundlich wird es erst dann, wenn das entstehende CO₂ eingelagert wird („blauer“ Wasserstoff).

Doch als wirklich nachhaltig gilt nur „grüner“ Wasserstoff: Er wird per Elektrolyse mit der Energie aus erneuerbaren Energien erzeugt, also mit Strom aus Windrädern und Solarkollektoren. Sein Anteil wird weltweit auf ein bis zwei Prozent geschätzt.

Teuer und wenig entwickelt

Viele Autofahrer hoffen auf Autos mit Wasserstoffantrieb, auch wegen der im Vergleich zu E-Autos geringen Tankzeiten. Je nach Tankkapazität schaffen manche Modelle eine Strecke von mehr als 600 Kilometern. Doch der Wirkungsgrad wasserstoffbetriebener Autos ist gering. Von der Erzeugung bis zur Umwandlung in elektrische Energie bleibt je nach Berechnung lediglich ein Wirkungsgrad von 25 bis 35 Prozent.

Das Fahrzeug benötigt also zwei- bis dreimal so viel Strom pro Kilometer wie ein Elektroauto. Hinzu kommt, dass es derzeit zu wenige Tankstellen gibt – laut TÜV Nord derzeit etwa 100 in Deutschland. Und: Die Kosten für einen Neuwagen liegen bei vergleichsweise hohen 64.000 bis 77.000 Euro.

Antriebe technologieoffen fördern

In der Diskussion um die Antriebstechniken wird jedoch oftmals übersehen, dass private Pkw nur ein Aspekt in Fragen der Mobilität der Zukunft sind. Wegen seiner hohen Energiedichte gilt Wasserstoff beim Antrieb von Schiff, Lkw und Flugzeug als Hoffnungsträger. Und auch die Industrie oder der Wohnungssektor profitieren von der Erforschung von Wasserstoff und Strom.

Die MIT spricht sich deshalb dafür aus, alternative Antriebe ideologiefrei und vor allem technologieoffen zu fördern. Zusätzlich zur Elektromobilität mit grünem Strom müssen auch regenerative Kraftstoffe, Wasserstoff und E-Fuels sinnvoll eingesetzt werden. So können Wasserstoff und regenerative Kraftstoffe genau dort ergänzen, wo Elektromobilität vor ökonomischen, ökologischen oder gesellschaftlichen Herausforderungen stehen. ●



Hubertus Struck
Redakteur/CvD
struck@mit-bund.de

EU-Check

In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben – diesmal gibt es keinen Pfeil nach oben.

„REACH“-Nachweispflicht liegt auf Eis

Der wiederholte Aufruf des PKM Europe und der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Betriebe nicht mit immer mehr Berichtspflichten zu belasten, scheint endlich Gehör gefunden zu haben. Die Initiativen der EU-Kommission zur Sozialtaxonomie und zur Offenlegungs- und Nachweispflicht für die Chemiebranche („REACH“) sollen in dieser Legislaturperiode nicht mehr kommen. Die ohnehin schwer gebeutelte Wirtschaft kann also vorerst ein wenig aufatmen und wird nicht mit Vorschriften zur Erfassung und Zulassung von Chemikalien belastet. Die Sozialtaxonomie sollte bestimmen, welche Unternehmen und damit welche Investitionen als sozial gelten können.

Mehr bürokratischer Aufwand

Die vorübergehend auf Eis gelegten „REACH“-Berichtspflichten (siehe oben) sind nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Denn einen finanziellen und bürokratischen Mehraufwand für den Mittelstand wird es trotzdem geben. Dieser kommt in Form der Nachhaltigkeitsberichterstattungspflicht für Unternehmen (CSRD). So müssen Unternehmen bereits ab 2024 mit sehr aufwändigen Berichtspflichten Rechenschaft über ihr Umwelt- und Sozialengagement sowie ihre Nachhaltigkeit ablegen. Betroffen sind Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern und einem Umsatz von 40 Millionen Euro, also auch viele Mittelständler. Darüber hinaus werden Mittelständler eher von den Anforderungen ihrer großen Zulieferer abhängen und den Informationsbedarf der großen Unternehmen erfüllen, anstatt über die eigene Leistung zu berichten. Der Verwaltungsaufwand wird folglich nicht weniger.

Die Jury

Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe



PKMEurope
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Parlamentarischer Abend

Mittelstandspreis an Haseloff, Stöhr und Autoflug

Die MIT zeichnet Ministerpräsident Reiner Haseloff, den Epidemiologen Professor Klaus Stöhr sowie den Luftfahrt-Ausrüster Autoflug mit dem Deutschen Mittelstandspreis 2022 aus. Der Preis wird in den drei Kategorien Politik, Gesellschaft und Unternehmen verliehen. Die Laudationen halten Ministerpräsident a.D. Günther Oettinger (Haseloff), Familienministerin a.D. Kristina Schröder (Stöhr) sowie die stellvertretende MIT-Vorsitzende Jana Schimke (Autoflug).

In der Kategorie Politik geht der Preis an den Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Dr. Reiner Haseloff. Er ist der dienstälteste amtierende Ministerpräsident Deutschlands. Zuvor war er von 2006 bis 2011 Landesminister für Wirtschaft und Arbeit. „Reiner Haseloff ist einer der erfolgreichsten Ministerpräsidenten Deutschlands. Er scheut sich nicht, auch bei kritischen Themen Klartext zu reden und standhaft bei seinen Überzeugungen zu bleiben“, lobt die MIT-Vorsitzende Gitta Connemann. Unter ihm sei die neue Chip-Fabrik von Intel nach Magdeburg geholt worden. „Durch diese größte Investition in der Geschichte Sachsens-Anhalts werden tausende Arbeitsplätze entstehen, und Deutschland erfährt einen erheblichen Imagegewinn als attraktiver Investitionsstandort.“

Den Preis in der Kategorie Gesellschaft erhält Prof. Dr. Klaus Stöhr. Der Epidemiologe ist seit Juni Mitglied im Sachverständigenausschuss zur Evaluation der Corona-Maßnahmen. Aus Sicht der Jury hat sich Stöhr in der Corona-Pandemie von Beginn an als Stimme der Vernunft hervorgetan. „Klaus Stöhr hat sich stets für besonnene Maßnahmen ausgesprochen. Er steht beispielhaft für die Wissenschaftler, die Gesundheitsschutz und Wirtschaft nicht gegeneinander ausgespielt haben“, sagt Connemann, die Stöhrs Forderungen nach einer Betrachtung der Kollateralschäden der Corona-Maßnahmen lobt: „Er

Preisträger

gibt den mittelständischen Unternehmen in Deutschland die Hoffnung, dass eine Pandemie zu bewältigen ist.“

In der Kategorie Unternehmen wird der deutsche Luftfahrt-Ausrüster Autoflug ausgezeichnet. Das Unternehmen stehe seit mehr als 100 Jahren für Fortschritt, Qualität und Wertbeständigkeit, würdigt die Jury-Vorsitzende Jana Schimke. „Autoflug hat mit seinen Produkten Industriegeschichte geschrieben. Das Unternehmen steht beispielhaft für die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit unseres deutschen Mittelstands“, so Schimke.

Die Preisverleihung findet am 5. September 2022 in Berlin statt. Die Verleihung wird per Livestream übertragen (mit-bund.de/deutschermitelstandspreis) und ist anschließend auf dem YouTube-Kanal der MIT zu sehen (youtube.com/MITpodcast).

Mit dem Deutschen Mittelstandspreis würdigt die MIT seit 2014 herausragende Verdienste um die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. „In unserer Gesellschaft gibt es immer weniger Verständnis für die Mechanismen der Sozialen Marktwirtschaft, kaum wirtschaftlichen Sachverstand und zu wenig Unternehmergeist. Gegen diesen Trend wollen wir mit unserem Deutschen Mittelstandspreis ein positives Signal setzen“, erläutert MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann. Bisherige Preisträger waren unter anderem Hans Joachim Watzke, Michael Kretschmer, Julia Klöckner, Wolfgang Schäuble und die Wirtschaftsweisen.



Dr. Reiner Haseloff



Prof. Dr. Klaus Stöhr

Laudatoren

Günther
Oettinger

Jana Schimke



Dr. Kristina Schröder



Neue Gesichter in der Geschäftsstelle

In der Bundesgeschäftsstelle der MIT hat sich in den vergangenen Monaten einiges verändert. Neue Kommunikationschefin ist seit August Juliane Berndt (46). Sie folgt auf Hubertus Struck (33), der nach mehr als sechs Jahren bei der MIT in das Bundestagsbüro des früheren MIT-Vorsitzenden und jetzigen stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Carsten Linnemann gewechselt ist.

Berndt verantwortet damit neben der gesamten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auch das Mittelstandsmagazin der MIT. Die promovierte Historikerin war zuvor Pressesprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Zuvor arbeitete sie unter anderem als Chefin vom Dienst bei der Berliner Boulevardzeitung B.Z., als Redenschreiberin, Pressesprecherin und Inhaberin einer Kommunikationsberatung von Mittelständlern.

Ebenfalls neu im Team ist der promovierte Volkswirt Christoph Sprich (48). Er betreut als politischer Referent die Themenbereiche Wirtschaft, Innovation, Bildung und Forschung sowie Steuern, Haushalt und Finanzen. Sprich arbeitete zuvor in der Abteilung für Handel beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Er folgt auf Elisa Vandy (28), die als Senior Associate zur Beratungsfirma KPMG gewechselt ist.

Bereits im Frühjahr kamen als politische Referentin und Redakteurin des Mittelstandsmagazins Alina Kemper von der IHK Osnabrück sowie als neue Organisationsreferentin Faiqa Nishat-Mansouri aus der CDU-Bundesgeschäftsstelle ins MIT-Team.

Seit Juni arbeitet außerdem Lars Jüngling-Dahlhoff als Trainee für die MIT. Weiterhin unterstützt Daniil Heinze die MIT als Werkstudent. Ab Oktober verstärkt außerdem Akmar Betül die MIT-Geschäftsstelle als neue Assistentin der Bundesvorsitzenden und des Hauptgeschäftsführers.

Abschied nehmen musste die Geschäftsstelle von Julia Walt. Sie war seit September 2020 die erste Auszubildende der MIT-Bundesgeschäftsstelle. Im Juli hat die 20-jährige Berlinerin ihre Abschlussprüfung mit toller Note zur Kauffrau für Büromanagement bestanden. Nun hat sie ein Studium aufgenommen.

Rezession

Mehr Einsatz für Handelsabkommen

Die MIT fordert angesichts der düsteren Wirtschaftsprognosen weltweit eine Stärkung des Freihandels. „Die Bundesregierung muss sich stärker als bisher für Handels- und Investitionspartnerschaften einsetzen. Die Uhr tickt. Die Weltwirtschaft schlittert in eine Rezession. Dazu spitzt sich der globale Systemwettbewerb zwischen autokratischen Staaten und liberalen Demokratien immer weiter zu“, sagt MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann. „Bedingung für den Erfolg auf den Weltmärkten ist aber die Offenheit von Ländergrenzen für Handel und Investitionen.“

Die MIT setzt insbesondere auf eine Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen mit den USA. Nach dem Scheitern von TTIP muss zügig ein umfassendes Handels- und Investitionsabkommen mit den USA abgeschlossen werden. Ebenso muss das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten zügig abgeschlossen werden. Der Handel mit Indien, den ASEAN-Staaten, mit Mexiko, Chile, aber auch Australien und Neuseeland, soll weiterentwickelt werden. Zur Absicherung von Auslandsinvestitionen soll sich die Bundesregierung darüber hinaus für substantielle Investitionsförder- und -schutzabkommen einsetzen. Die MIT fordert die Bundesregierung weiterhin auf, sich für eine Reform und die Einhaltung der Regeln der Welthandelsorganisation WTO stark zu machen.



Ampel muss duale Ausbildung stärken

Die Bundesregierung muss mehr gegen den gravierenden Arbeitskräftemangel tun. Sie müsse insbesondere mehr für die duale Ausbildung werben, fordert MIT-Chefin Gitta Connemann: „Es muss in Schulen verpflichtend sein, eine Praxiswoche in Handwerks- und Industriebetrieben durchzuführen, um die Schülerinnen und Schüler für diesen Teil der Berufswelt zu begeistern. Deutschland braucht nicht nur Master, sondern auch Meister.“ Die MIT setzt sich für mehr gesteuerte Zuwanderung aus dem Ausland ein. Auch müsse der Staat aktiver bei der Arbeitskräftegewinnung werden, so Connemann: „Der Staat muss über die Botschaften und die vom ihm mitfinanzierten Goethe-Institute und Auslandsschulen verstärkt junge Menschen mit Deutschkenntnissen für eine Ausbildung in Deutschland anwerben.“ Außerdem müssten die Hartz-IV-Sanktionen wieder in Kraft gesetzt werden.



Entlastungen

Wohngeld-Reform reicht nicht aus

Die von Bundeskanzler Olaf Scholz angekündigte Wohngeldreform ist völlig unzureichend. „Es ist gut, wenn Scholz endlich erkennt, dass die Belastungsgrenze für viele Bürger erreicht ist. Aber die Hilfe ab 2023 kommt viel zu spät“, kritisiert MIT-Chefin Gitta Connemann. Inflation und Preisexplosionen belasteten viele Bürger und Betriebe existentiell. „Außer ein paar Leistungen mit der

Gießkanne und Strohfeuern, wie dem 9-Euro-Ticket, ist aber bislang strukturell nichts passiert. Entlastung für alle ist das Gebot der Stunde. Die bloße Ankündigung einer Wohngeldreform wird dem nicht gerecht“, so Connemann. Durch Rekordsteuereinnahmen schwimme der Staat im Geld, vertröste die Bürger aber auf 2023. „Und für die belasteten Betriebe hat sie gar nichts.“

Gasnotstand

Kernkraftwerke müssen weiterlaufen

Angesichts der unsicheren Gasversorgungslage fordert die MIT seit Monaten eine Entscheidung der Bundesregierung für eine Laufzeitverlängerung der hiesigen Kernkraft. Derzeit wird ein Drittel des russischen Erdgases verstromt. Kernkraftwerke können einen Teil dieser Gasverstromung ersetzen. „Strom aus Kernkraft ist die bedeutendste Sofortmaßnahme zur Reduzierung von russischen Gasimporten – und dabei klimafreundlich. Ein Verzicht auf dieses Potential ist nicht nur töricht, sondern

verantwortungslos“, so die MIT-Vorsitzende Gitta Connemann. Sie fordert Bundesenergieminister Habeck auf, angesichts der Energiekrise grüne Tabus und Ideologien zu überwinden.

Die sechs noch funktionsfähigen Kernkraftwerke könnten zusammen 66 Terawattstunden CO₂-freien Strom produzieren und damit gleich mehrere Gas- und Kohlekraftwerke ersetzen. Die sechs Kernkraftwerke haben 2021 genauso viel Strom produziert wie alle Photovoltaikanlagen zusammen.

Rekord-Inflation

Schnelle Entlastungen der Bürger und Betriebe

Die MIT fordert angesichts der Rekordinflation eine schnelle Entlastung von Bürgern und Unternehmen. Die bisherigen Beschlüsse der Ampel-Koalition sind völlig unzureichend. Die MIT fordert seit langem, den Tarifverlauf bei der Einkommensteuer rückwirkend zum 1. Januar an die hohe Inflationsrate anzupassen, um die „kalte Progression“ abzuschaffen. Dies hat Finanzminister Christian Lindner (FDP) inzwischen immerhin in Aussicht gestellt. Die Steuersätze müssten so gestaltet werden, dass nicht der Staat der Gewinner der Inflation und die Steuerzahler die Verlierer sind.

Berufspendler sollen durch eine Erhöhung der Entfernungspauschale auf 60 Cent ab dem ersten Kilometer spürbar entlastet werden. Bislang können Arbeitnehmer für die Wegstrecke zur Arbeit nur 30 Cent ab dem ersten Kilometer und 38 Cent ab dem 21. Kilometer geltend machen. Dies deckt die gestiegenen Fahrtkosten jedoch nicht ab. MIT-Steuerexperte Sebastian Brehm (CSU): „Vor allem die Berufspendler werden von den steigenden Spritkosten massiv getroffen. Die Benzinpreispbremse der Ampel reicht hinten und vorne nicht. Deshalb muss jetzt schnell die Entlastung durch die höhere Entfernungspauschale kommen, wenn man nicht ausgerechnet die bestrafen will, die den Laden am Laufen halten.“

Außerdem fordert die MIT, die Steuern auf Energie auf das in der EU zulässige Mindestmaß zu senken, also für Flüssiggas, Erdgas, Heizöl und Strom. Allein bei Strom sind die Belastungen in Deutschland durch die Stromsteuer für Unternehmen 40-mal zu so hoch, wie sie nach der EU-Vorgabe sein müssten, bei privaten Haushalten 20-mal so hoch.

GKV-Strukturreform

Lauterbach präsentiert Flickwerk

Die von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) angekündigte Erhöhung des Zusatzbeitrags in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ist Flickwerk. Richtig wären stattdessen Strukturreformen. Deutschland hat schon jetzt die größte Abgaben- und Steuerlast in Europa. Hinzu kommen explodierende Energiepreise und Inflation. „Viele Bürger und Betriebe stehen mit dem Rücken an der Wand. Entlastung wäre das Gebot der Stunde. Die Erhöhung des Zusatzbeitrages ist das genaue Gegenteil. Aber jede weitere Belastung ist Gift für die deutsche Volkswirtschaft“, sagt die MIT-Vorsitzende Gitta Connemann.

Lauterbach hatte ausreichend Zeit, eine echte strukturelle Reform der GKV auf den Weg zu bringen. Stattdessen präsentiert er ein Flickwerk aus belastenden Einzelmaßnahmen. Die MIT fordert Lauterbach auf, eine offene Diskussion über Leistungskürzungen anzustoßen.



Fristverlängerung für Grundsteuerdaten

Die MIT fordert eine Fristverlängerung zur Abgabe der Grundstücksdaten für die Grundsteuer. Die Frist soll um sechs Monate verlängert werden, also bis Ende April. „Das verschafft den Steuerzahlern Luft zum Atmen“, sagt der Co-Vorsitzende der MIT-Steuerkommission, Sebastian Brehm. Die Feststellungsbescheide sollten in Zukunft unter den Vorbehalt der Nachprüfung gestellt werden. So könnten Korrekturen einfacher nachgereicht werden. Ferner sollten Eigentümer und Steuerberater Zugriff auf die Grundstücksdatenbank erhalten. Das würde aufwändige Einspruchsverfahren vermeiden.

Elster-Chaos



„Unternehmerisches Engagement wirkt!“

Manuela Roßbach,
geschäftsführende Vorständin
Aktion Deutschland Hilft

Als Unternehmen ein Zeichen zu setzen und soziale Verantwortung zu übernehmen, zahlt sich aus! Denn die Hilfe kommt Menschen in Not zugute – und gleichzeitig stärken Sie das Engagement Ihrer Mitarbeiter:innen.

In humanitären Notsituationen sind Unternehmen wertvolle Partner. An unserer Seite können sie entscheidend zu überlebenswichtiger Nothilfe und wirksamer Katastrophenvorsorge in Krisengebieten beitragen.

Unternehmerisches Handeln und soziales Engagement gehören fest zusammen. Immer mehr Unternehmen unterstützen Hilfsprojekte, die mit ihrem Kerngeschäft in Verbindung stehen. Diese Zusammenarbeit bietet großartige Chancen!

Gemeinsam können wir viel bewirken!

Aktion Deutschland Hilft ist Ihr starker Partner für unternehmerisches Engagement. In dem Bündnis haben sich mehr als 20 Hilfsorganisationen zusammengeschlossen. Bei Krisen und Katastrophen leisten sie weltweit Hilfe – gemeinsam, schnell und effektiv. Und unsere Projekte zur Katastrophenvorsorge helfen Leid zu verhindern, bevor es geschieht.

Ihr unternehmerisches Engagement und unsere langjährige Erfahrung in der humanitären Hilfe – das ist eine großartige Voraussetzung, Menschen in Not nachhaltig zu unterstützen.

Gerne beraten wir Sie persönlich und finden die passende Kooperationsmöglichkeit für Sie – kontaktieren Sie uns noch heute!

Wir beraten Ihr Unternehmen individuell und persönlich!

E-Mail: marketing@Aktion-Deutschland-Hilft.de
Telefon: 0228 242 92-420

Liebe Leserinnen und Leser des Mittelstands-Magazins, weltweit leiden bis zu 828 Millionen Menschen unter Hunger. Kriege, Dürren und steigende Lebensmittelpreise verschärfen die Not massiv.

Hand in Hand lassen sich innovative Ansätze entwickeln, um für Familien in Not nachhaltig etwas zu verändern. Am besten geht das mit einem starken Partner – also mit einer renommierten Hilfsorganisation, die in der Zusammenarbeit mit Unternehmen erfahren ist. Gemeinsam können wir langfristig helfen und menschliches Leid lindern.

Mein persönlicher Tipp: Unterstützen Sie Menschen aus der Ukraine, die im Krieg alles verloren haben. Oder Familien aus Ostafrika, die derzeit unter einer dramatischen Hungerkatastrophe leiden. Gemeinsam können wir diese Welt ein wenig besser machen!

Ihre

Manuela Roßbach

Geschäftsführende Vorständin von Aktion Deutschland Hilft

PS: Wenn auch Sie sich als Unternehmen engagieren möchten – unser Team berät Sie sehr gerne!



So können Sie als Unternehmen helfen

- Unternehmensspende zu besonderen Anlässen
- Spendensammlung oder Benefizveranstaltung
- Förderung eines konkreten Hilfsprojekts



Spendenkonto

DE62 3702 0500 0000 1020 30

www.Aktion-Deutschland-Hilft.de/csr



35. Parteitag

Klare Positionen für die CDU

Am 9. und 10. September findet der 35. Parteitag der CDU Deutschlands in Hannover statt. Angesichts einer konzeptlosen Ampel-Regierung soll der CDU-Parteitag zeigen: Deutschland kann es besser. Es braucht eine CDU, die klar ist in ihren Positionen. An diesem Prozess beteiligt sich die MIT konkret mit folgenden Sachanträgen.



Belastungsstopp jetzt

Die CDU Deutschlands soll einen sofortigen Belastungsstopp für die Wirtschaft und insbesondere für den Mittelstand fordern. Dazu zählen: Bundesregierung und Bundestag stoppen umgehend sämtliche Gesetzgebungsvorhaben, bei denen die Belastungen mögliche Entlastungen für Unternehmen übersteigen. Die Ampel verpflichtet sich, im Rat bei sämtlichen von der EU geplanten Belastungen für eine Aussetzung zu werben. Es soll ein „Belastungs-TÜV“ befristet für die Zeit der aktuellen Rohstoff- und Energiepreiskrise gebildet werden. Der Normenkontrollrat soll die Bewertung und Bemessung der Bürokratie von geplanten EU-Regulierungen vornehmen, bevor die Bundesregierung im Rat darüber abstimmt.



Das Land coronaresistent machen

Deutschland muss fit gemacht werden für die Abwehr von Corona. Dazu hat die MIT einen umfangreichen Maßnahmenkatalog vorgelegt, um das Gesundheitssystem, den Produktions- und Geschäftsbetrieb sowie Schulen,

Universitäten und die berufliche Ausbildung widerstandsfähiger zu machen. Die MIT ruft die CDU Deutschlands auf, sich u.a. für eine Daten- und Forschungsstrategie mit klaren Zuständigkeiten einzusetzen. Die Vernetzung des öffentlichen Gesundheitsdienstes soll weiter vorangetrieben werden. Dazu gehört der Aufbau eines Impf-Informationssystems. Die Digitalisierung des Gesundheits- und Meldewesens muss weiter vorangetrieben und die Versorgung mit Schutzausrüstung, Medizintechnik und Medikamenten verbessert werden. Die CDU soll sich für mittelstandsfreundliche Corona-Regeln und eine Stärkung des freien Güter- und Warenverkehrs einsetzen. Weitere Lockdowns von Bildungseinrichtungen soll es nur noch in gut begründeten Ausnahmefällen geben.



Kernkraft muss weiterlaufen

Angesichts der unsicheren Gasversorgungslage muss sich die Bundesregierung zu einer Laufzeitverlängerung der Kernkraft durchringen. Die CDU Deutschlands soll sich für einen Weiterbetrieb der verbliebenen drei Kernkraftwerke sowie für die mögliche Reaktivierung der drei am 31. Dezember 2021 vom Netz genommenen Kernkraftwerke einsetzen.



Arbeit muss sich lohnen

Die von der Bundesregierung geplante Aussetzung der Hartz-IV-Sanktionen ist ein schwerer Fehler. Die CDU Deutschlands soll sich dafür aussprechen, dass dieses Sanktionsmoratorium mit sofortiger Wirkung beendet wird. Arbeitsfähige Arbeitslose sollen künftig wieder nur dann Leistungen nach dem SGB II bekommen, wenn sie durch ihre Arbeitsleistung oder zumindest die Bereitschaft dazu einen Beitrag an die Solidargemeinschaft leisten.



Europa ohne Schulden

Die CDU Deutschlands muss sich für eine Verschlinkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts auf wenige Grundregeln stark machen. Die Staatsverschuldung soll durch einen an die BIP-Entwicklung angelehnten Mechanismus begrenzt werden. Dazu gehört unter anderem eine Verschlinkung des EU-Semesterprozesses, eine effektive Haushaltsüberwachung der Mitgliedstaaten durch eine unabhängige Instanz, die uneingeschränkte Wiedereinführung der Schulden- und Stabilitätskriterien, eine transparente Vergabe der Gelder aus dem Corona-Wiederaufbauprogramm sowie eine Rückkehr der EZB zu ihrem geldpolitischen Auftrag.



Unnötige EU-Bürokratie stoppen

Die derzeit in legislativen Verhandlungen stehende EU-Entgelttransparenzrichtlinie verschärft das bewährte deutsche Entgelttransparenzgesetz unverhältnismäßig und führt zu Doppelregulierung. Die CDU soll sich dafür einsetzen, keine über das deutsche Recht hinausgehende europäische Regulierung zuzulassen. Generell soll die EU nicht immer neue Kompetenzen einfördern, die durch nationale Politik gut geregelt sind.



Lieferkettengesetz aussetzen

Die CDU Deutschlands soll sich dafür einsetzen, das bürokratische und belastende deutsche Lieferkettengesetz so lange auszusetzen, bis wieder ein stabiles Wirtschaftswachstum herrscht. Ebenso darf die EU-Lieferkettenrichtlinie, solange Europa unter der Wirtschaftskrise und hohen Inflationsraten leidet, nicht beschlossen werden. Sie muss grundsätzlich mittelstandsfreundlicher ausgestaltet werden und darf nicht über die bisherige deutsche Regelung hinausgehen.



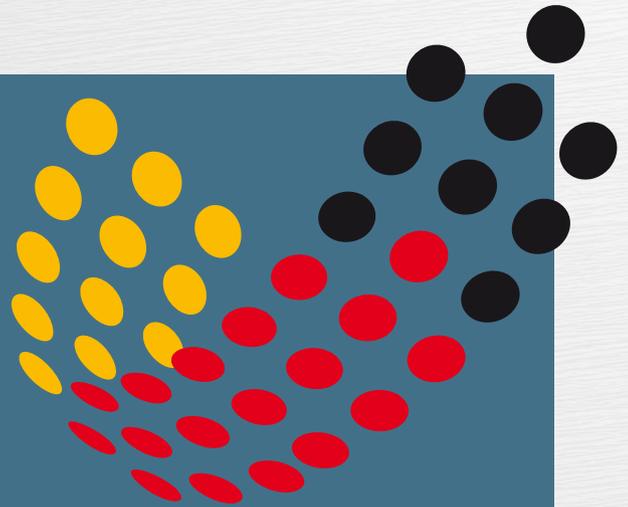
Mutterschaft für Gründerinnen erleichtern

Die CDU Deutschlands soll sich für Verbesserungen beim Mutterschutz, bei Elternzeit und Elterngeld einsetzen. Betriebshelfer nach dem Vorbild der landwirtschaftlichen Sozialversicherung sollen existenzgefährdende oder Kindeswohlgefährdende Benachteiligungen gegenüber angestellten Schwangeren und Müttern abbauen. Da es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt, ist es wichtig, dass Kosten nicht von den Beitragszahlern der Sozialversicherungen, sondern von den Steuerzahlern getragen werden.



Gegen verbindliche Quoten

Die CDU ist für das Leistungsprinzip und soll daher jede Form von verbindlichen Quoten bei parteiinternen Wahlen ablehnen, ob befristet oder unbefristet. Eine Quote schränkt das Wahlrecht ein und macht die Parteiarbeit für Frauen nicht attraktiver, da sie bloß auf das Geschlecht abstellt. Das aktive und passive Wahlrecht der Mitglieder und Delegierten darf nicht so eingeschränkt werden, dass die Zugehörigkeit zu einer Gruppe (Geschlecht, Alter, Herkunft) bei einer Kandidatur Vorrang vor der Auswahl nach Leistungsbereitschaft, Kompetenz und Persönlichkeit hat.



Reform der Öffentlich-Rechtlichen

Die CDU Deutschlands soll eine Kommission einsetzen, die zum Ziel hat, die Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks neu zu definieren. Sie soll Vorschläge für eine umfassende Strukturreform mit dem Ziel der Verschlankeung und damit reduzierter Beiträge erarbeiten. Sie soll die Finanzierung reformieren und zugleich die Vergütungshöhen der Repräsentanten kritisch hinterfragen. Sie soll Ideen für die staatsfernere, ausgewogenere und ihre tatsächliche Überwachungsfunktion stärker wahrnehmende Aufsichtsgremien entwickeln.



Chancengerechtigkeit statt Gleichstellung

Darüber hinaus setzt sich die MIT gemeinsam mit der Jungen Union für eine zentrale Änderung im Entwurf der Grundwertcharta ein. Dort soll das Wort „Gleichstellung“ durch „Chancengerechtigkeit“ ersetzt werden. Zudem unterstützt die MIT zwei Anträge der JU zur Förderung des Mietkauf-Modells und zur vereinfachten Nutzung von Geothermie.

„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

... mir das Rückgrat unserer Wirtschaft wichtig ist!“



Jens Willemsen

Geschäftsführer,
MIT Wagenfeld

... sich die MIT zum Erfolgsprinzip der Sozialen Marktwirtschaft bekennt und sich stark macht für die Interessen des Mittelstands.“



Christoph de Vries

Bundestagsabgeordneter,
MIT Hamburg

... man sich nie früh genug für gute Wirtschaftspolitik einsetzen kann. Gerade in Zeiten von Rekord-inflation!“



Franca Bauernfeind

Studentin,
MIT Erfurt

Neumitglieder

Jens Willemsen (31) absolvierte nach der Schule eine kaufmännische Ausbildung in einem Unternehmen aus der Metallindustrie. Später erreichte er die IHK-Abschlüsse zum Fachwirt und später zum geprüften Betriebswirt. Während dieser nebenberuflichen Fortbildungen blieb er seinem Ausbildungsbetrieb treu. 2017 wurde er Mitglied der Geschäftsleitung. Seit 2020 ist er als Geschäftsführer in dem mittelständischen Betrieb tätig und ist dort unter anderem für Marketing und Vertrieb zuständig.

Derzeit nimmt er am Nachwuchsförderungsprogramm „Talentschmiede NRW“ der Jungen Union und der CDU NRW teil. Weiterhin engagiert er sich als IHK-Prüfer für Aufstiegsfortbildungen. In seiner Freizeit spielt er zudem Tischtennis. Mit seiner Frau wohnt er seit einigen Jahren in Wagenfeld im Landkreis Diepholz.

Christoph de Vries (47) ist CDU-Bundestagsabgeordneter aus Hamburg. Da sein Vater Geschäftsführer eines mittelständischen Betriebs war, bekam er schon früh einen Bezug zu den Bedürfnissen des Mittelstands. Nach seinem Abschluss als Diplom-Soziologe (Nebenfächer Volkswirtschaftslehre, Politische Wissenschaft und Psychologie) arbeitete er als Angestellter in einer Finanzbehörde, zuletzt als stellvertretender Referatsleiter.

Seit 2017 gehört er dem Bundestag an. In der Unionsfraktion ist er Mitglied im Innenausschuss und im Familienausschuss, zudem ist er Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Spätaussiedler und deutschen Minderheiten. Seit 2015 führt der Familienvater den CDU-Kreisverband Hamburg-Mitte als Vorsitzender an, seit 2016 ist er stellvertr. Landesvorsitzender der CDU Hamburg.

Franca Bauernfeind (24) ist seit Herbst 2021 Bundesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS). Die gebürtige Nürnbergerin studiert im Master an der Universität Erfurt Staatswissenschaften. Auslandspraktika führten sie nach Brüssel, Chile und New York. Neben universitären Gremien engagiert sie sich in der Erfurter Kommunalpolitik. In Thüringen kandidierte sie zur Bundestagswahl 2021 als Spitzenkandidatin der Jungen Union auf der CDU-Landesliste, verpasste jedoch den Einzug. Neben Bildungspolitik, Studenten- und Hochschulpolitik kämpft sie für ein modernes Gesellschaftsverständnis ohne Genderstern und Cancel Culture. Franca Bauernfeind ist Mitglied im CDU-Bundesvorstand und im CDU-Landesvorstand Thüringen. In ihrer Freizeit spielt sie Geige und singt im Kirchenchor.

Die MIT ist mit rund 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft



Mitgliederstatistik

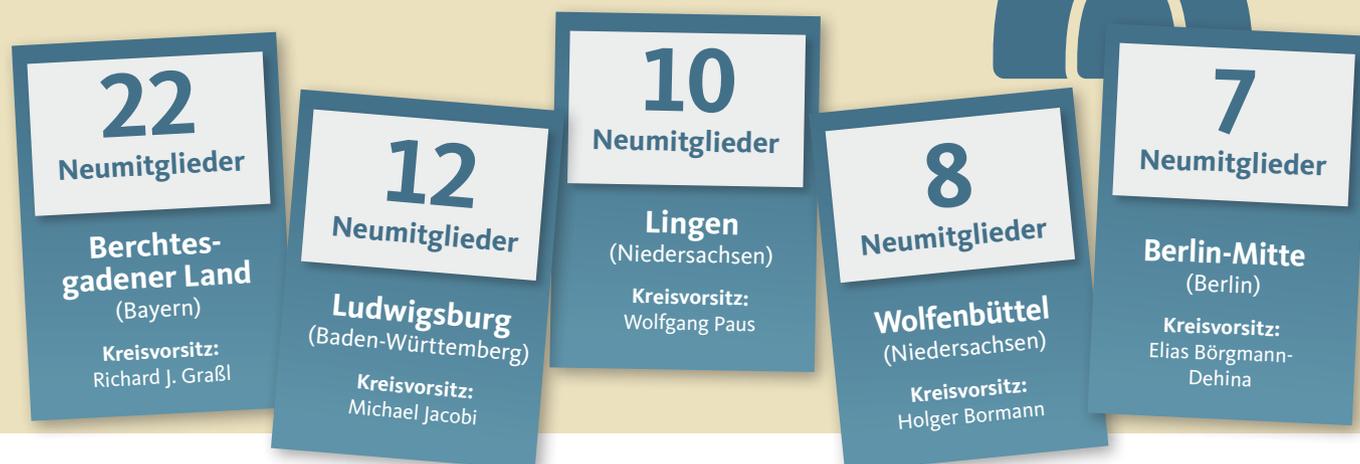
Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände (30.06.2022)



Verbände mit dem größten relativen Zuwachs (31.12.2021 – 30.06.2022)



Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs (31.12.2021 – 30.06.2022)





**„Mein Traum:
Segel setzen für sauberen
Warentransport.“**



Lass dich nicht vom Kurs abbringen.

Gegen Umweltverschmutzung stinkt Cornelius Bockermann mit Segeln an: Er segelt Fairtrade-Produkte CO₂-frei. Durch aufwendige Auftragsabwicklung würde sein Timing aus dem Ruder laufen. Für große Träume braucht es jemanden, der dir den Rücken freihält. www.lexware.de

LEXWARE

Einfach machen